

Zeitschrift: Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels
Herausgeber: Schweizer Hotelier-Verein
Band: 52 (1943)
Heft: 44

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SCHWEIZER HOTEL-REVUE

INSERTAT: Die einspaltige Nonpareille-Zeile oder deren Raum 45 Cts. Reklamen Fr. 1.50 pro Zeile. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt.

ABONNEMENT: Schweiz: jährlich Fr. 12.—, halbjährlich Fr. 7.—, vierteljährlich Fr. 4.—, monatlich Fr. 1.50. Ausland: bei direktem Bezug jährlich Fr. 15.—, halbjährlich Fr. 8.50, vierteljährlich Fr. 5.—, monatlich Fr. 1.80. Postabonnemente: Preise bei den ausländischen Postämtern erfragen. Für Adressänderungen ist eine Taxe von 30 Cts. zu entrichten.

REDAKTION UND EXPEDITION: Basel, Gartenstrasse 112. Verantwortlich für die Redaktion und Herausgabe: Dr. Max Riesen. Postcheck- und Girokonto: V 85. Telefon 2 79 34. Druck von Emil Birkhäuser & Cie., A.G., Basel.

Fachorgan für die Hotellerie und den Fremdenverkehr

Zweihundfünfzigster Jahrgang



Cinquante-deuxième année

Eigentum des Schweizer Hotelier-Vereins · Propriété de la Société Suisse des Hôteliers

ANNONCES: La ligne de 6 points ou son espace 45 cts., réclames fr. 1.50 par ligne. Rabais proportionnel pour annonces répétées.

ABONNEMENTS: Suisse: douze mois fr. 12.—, six mois fr. 7.—, trois mois fr. 4.—, un mois fr. 1.50. Pour l'étranger abonnement direct: 1 an, 15 fr.; 6 mois 8 fr. 50; 3 mois 5 fr.; 1 mois 1 fr. 80. Abonnement à la poste: demander le prix aux offices de poste étrangers. Pour les changements d'adresse il est perçu une taxe de 30 centimes.

REDAKTION ET ADMINISTRATION: Basel, Gartenstrasse 112. Responsable pour la rédaction et l'édition: Dr. Max Riesen. Compte de chèques postaux No. V 85. Téléphone 2 79 34. Imprimé par Emil Birkhäuser & Cie, S. A., Basel.

Basel, 4. November 1943

Erscheint jeden Donnerstag

N° 44

Paraît tous les jeudis

Basel, 4 novembre 1943

Tagung des schweizerischen Fremdenverkehrsverbandes

Das Wagnis der späten Ansetzung der Generalversammlung eines grossen Wirtschaftsverbandes, der damit allerdings der Kollisionsgefahr mit andern Veranstaltungen leichter entgeht, hat sich auch dieses Jahr gelohnt. War doch der am 30. Oktober 1943 in Neuenburg abgehaltenen Generalversammlung des Schweizerischen Fremdenverkehrsverbandes wiederum eine stattliche Teilnehmerzahl beschieden, worunter man erfreulicherweise eine Reihe bekannter Hoteliersgesichter erblickte.

Der Generalversammlung vorausgehend fand am 29. Oktober die

Vorstandssitzung

des Verbandes statt. Sie galt im wesentlichen der Vorbereitung der Generalversammlung. Ferner wurde ein einlässlicher Bericht der Direktion über den Ausbau des schweizerischen Strassennetzes entgegengenommen, der im Zusammenhang mit den Ausbauplänen für die übrigen Verkehrsmittel in einer späteren Sitzung zur Diskussion gestellt werden soll. In Unterstützung der Bemühungen des Schweizer Hotelier-Vereins wird für die Aufnahme von militärischen Internierten in unseren Hotels eine Regelung angestrebt, die den Hotelier nicht von der Betriebsführung ausschliessen soll. Die durch die Blockierung unserer Guthaben in den USA bedingten Schwierigkeiten führten zu einer Beschränkung der Dollarübernahmen durch unsere Nationalbank, worunter neben der Hotellerie neustens auch die Uhrenindustrie stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Die diesem Erwerbszweig allfälligen gewählten Erleichterungen verlangen eine Ausdehnung auf die Unterhaltszahlungen, insbesondere an die amerikanischen Dauergäste.

Nach einem gemeinsamen Nachtessen in einem der stilvollen Räume des Palais Du Peyrou wurde unter kundiger Führung der historisch-technischen Jubiläumsausstellung „Neuchâtel et le Seyon“ ein Besuch abgestattet und der Weitsicht der neuenburgischen Stadtväter Anerkennung gezollt, die schon vor 100 Jahren ihrem ebenso malerischen wie wilden Stadtbach Zügel anlegten und ihm ein neues, geschütztes und überdachtes Bett gruben. Den Höhepunkt des Abends bildete der anschließende Empfang des Vorstandes durch Herrn Architekt Renaud de Bosset, der, unterstützt von seiner charmanten Gattin, den Gästen in seinem gepflegten, künstlerisch ausgestatteten Heim Stunden geselligen, von herzlicher Gastfreundschaft getragenen Zusammenseins bot.

Der wichtige, von einer jahrhundertalten Geschichte zeugende Bau des Schlosses schuf den würdigen, verpflichtenden Rahmen für die

Generalversammlung

In seinem Eröffnungswort begrüßte der Verbandspräsident, Regierungsrat Gafner, die zahlreich erschienenen Vertreter der Behörden, der Hotellerie, der Transportanstalten und der übrigen touristischen Erwerbszweige, um darauf in einem umfassenden und fundierten Rechenschaftsbericht den geistigen und wirtschaftlichen Standort unseres Landes an der Schwelle des 5. Kriegsjahres zu umreissen. Dabei wurden die schweren Schäden nicht verheimlicht, die der

Krieg trotz einer erfreulichen Belebung des innerschweizerischen Reiseverkehrs unserem Fremdenverkehr zuzufüge. Ohne ein Zukunftsprogramm aufzustellen, demangesichts der noch unabsehbaren Entwicklung ein allzu spekulativer Charakter zukäme, erinnerte der Verbandspräsident doch an folgende lebenswichtige Grundsätze unseres Fremdenverkehrs:

1. Möglichst rasche Wiederherstellung der Reiseverkehrsbeziehungen mit dem Ausland im Sinne grösstmöglicher Freizügigkeit. Da die Verwirklichung dieses Postulats nicht allein von unserem eigenen Willen abhängt, müssen wir zum mindesten die Herstellung eines Gegenseitigkeitsverkehrs sichern. Unser bester Trumpf liegt in der hohen touristischen Kaufkraft

Über die Fortsetzung und Erweiterung der Hilfsmassnahmen des Bundes zugunsten des Hotelgewerbes

a. Bundesrichter Dr. C. Jaeger

Anmerkung der Redaktion: Im Nachfolgenden geben wir den Inhalt des Referates wieder, das Herr a. Bundesrichter Dr. Jaeger an der Generalversammlung des Schweizerischen Fremdenverkehrsverbandes am 30. Oktober 1943 gehalten hat. Herr a. Bundesrichter Dr. Jaeger, der sich um den bisherigen Ausbau der rechtlichen Schutzmassnahmen für das Hotelgewerbe in ausserordentlicher Weise verdient gemacht hat, wurde von der Schweizerischen Hotel-Treuhandgesellschaft wiederum zur Ausarbeitung der neuen Vorlage über die Fortsetzung und Erweiterung der Hilfsmassnahmen des Bundes zu Gunsten des Hotelgewerbes herbeigezogen und ist daher wie kaum ein anderer berufen, über dieses Thema zu referieren.

Der Entwurf der neuen Vorlage der Schweizerischen Hotel-Treuhandgesellschaft, zu dem kürzlich unser Zentralvorstand Stellung genommen und seine Vorbehalte und Gegenvorschläge eingebracht hat, wird nun demnächst in einer vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement speziell bestellten Expertenkommission zur Sprache kommen, worauf das Departement und der Bundesrat das Weitere entscheiden werden.

1.

Als der Krieg im Jahre 1939 ausbrach, waren die Zustände im Hotelgewerbe schon seit Jahren nicht mehr normal. Es litt unter der allgemeinen Wirtschaftskrise, und wie für die auch notleidende Landwirtschaft bestand auch für die Hotellerie ein besonderer Bundesbeschluss, der es ermöglichte, den dadurch in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Unternehmungen durch Bundesmittel zur Hilfe zu kommen. Auch wurde es dadurch ermöglicht, in einem vom gemeinen Recht abweichenden, besonderen Verfahren, Pfandnachslassverfahren genannt, die Gläubiger nicht nur zum Stillehalten zu zwingen, also ihnen Stundungen für fällige Forderungen aufzuerlegen, sondern auch ungedeckte Pfandkapitalforderungen unverzinslich zu erklären, zu hohe Zinssätze von gedeckten Forderungen herabzusetzen, rückständige pfandversicherte Zinse mit einem Teilbetrag von $\frac{1}{2}$ bzw. $\frac{3}{4}$ abzufinden und einen Nachlassvertrag der Kurrentgläubiger auch ohne Vorhandensein der sonst für alle anderen Schuldner notwendigen Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit der Gläubiger und der Forderungen in Kraft zu setzen. Die Mittel zur Abfindung der Zinsen und auch zur Bezahlung der Dividenden an die Kurrentgläubiger lieferte meist die SHTG aus den ihr durch besondere Bundesbeschlüsse zu diesen Zwecken bewilligten Krediten und sie erhielt für die Zinsenabfindungen ein allen anderen Belastungen im Range vorgehendes Pfandrecht, den sog. Amortisationspfandtitel, der vom Schuldner mit einer Annuität von 5—7% verzinst und amortisiert werden musste. Auch die Zahlungen an die Kurrentgläubiger erfolgten, wenn der Schuldner dazu nicht selbst in der Lage war, aus einem Darlehen der SHTG, für das sie aber nur ein auf das gedeckte Kapital unmittelbar folgendes Grundpfandrecht beanspruchen konnte. Mit diesem Instrumente begünstigt, hat die SHTG schon vor dem Kriege in ungezählten Fällen notleidende Unternehmungen über Wasser gehalten und vor dem Ruin ge-

rettet, meistens durch freiwillige Vereinbarungen zwischen Gläubiger und Schuldner auf der Basis der gesetzlich vorgesehenen, oder etwa auch darüber hinausgehender Massnahmen.

2. Kein zu hohes allgemeines Preisniveau, keine Preisinsel, die unsere touristische Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen müsste. Neben den unentbehrlichen, auf einen hohen Lebensstandard berechneten Leistungen in Beherbergung und Aufenthalt ist angesichts des kriegsbedingten Vermögenszerfalls mehr als bisher auf die bescheidenen Börsen Rücksicht zu nehmen.
3. Dem Fortschritt der Verkehrstechnik ist durch Ausbau unserer Bahnen, Strassen und Flugplätze Rechnung zu tragen. Gleichzeitig vermag die Förderung des Erholungsverkehrs, die Organisation von künstlerischen und anderen Veranstaltungen eigener Prägung der durch die Entwicklung der modernen Verkehrsmittel geförderten Tendenz auf Kürzung der Aufenthaltsdauer entgegenzutreten.

Inhaltsverzeichnis:

Seite 2: Ueber die Fortsetzung und Erweiterung der Hilfsmassnahmen des Bundes zugunsten des Hotelgewerbes. Seite 3: Der Fremdenverkehr im August 1943 — Zur Trinkgeldordnung — Frage und Antwort — Kriegswirtschaftliche Massnahmen und Marktmeldungen — Fachecke. Seite 4: Paho — Kleine Chronik — Vermischtes — Büchertisch.

Neben diesen objektiven Gegebenheiten wird das Schicksal unseres Fremdenverkehrs weitgehend von der Erhaltung unseres tüchtigen Hoteliersstandes und der Heranziehung eines qualifizierten, Lust und Liebe zum Beruf empfindenden Nachwuchses im Gastgewerbe und den übrigen Fremdenverkehrsunternehmen abhängig sein. Der Fremdenverkehrsverband unterstützt deshalb mit seinem ganzen Gewicht alle dafür geschaffenen Ausbildungszentren.

Mit einem warm empfundenen Nachruf auf den verstorbenen a. Nationalrat Dr. A. Meuli leitete der Verbandspräsident zur Behandlung der statistischen Traktanden über, die in rascher Folge erledigt wurden. Die durch die neuen Verbandsstatuten erforderlich gewordene Neuwahl des Vorstandes ergab die Bestätigung der bisherigen Amtsinhaber. Den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Direktor J. M. Niggli, Chur, und Dr. L. F. Meyer, Luzern, wurde der aufrichtige Dank für die geleisteten uneigennütigen Dienste ausgesprochen. Angesichts der statistisch geforderten Beschränkung der Vorstandssitze auf die Zahl 30 kam eine Ersetzung der ausgeschiedenen Mitglieder nicht in Frage.

Getreu seiner Tradition, die Generalversammlung mit einer Aussprache über die den Fremdenverkehr und unser Land bewegenden bedeutsamen Fragen zu verbinden und damit zur objektiven Abklärung der Geister beizutragen, hatte der Fremdenverkehrsverband das Thema der Hotelianerung für die diesjährige Veranstaltung gewählt und in a. Bundesrichter Dr. C. Jaeger einen berufenen und anerkannten Referenten gewonnen. Sein mit Spannung erwartetes, kopfklares Referat über „Die Fortsetzung und Erweiterung der Hilfsmassnahmen des Bundes zugunsten des Hotelgewerbes“ wird an anderer Stelle zum Abdruck gebracht.

Als erster Votant erinnerte Dr. F. Seiler, Direktor der SHTG, an die Stellung des Hotelhilfsinstitutes des Bundes, das keine Interessenvertretung, sondern Mittlerin zwischen Schuldner und Gläubiger ist und in dieser Eigenschaft das Vertrauen von Behörden und Öffentlichkeit zu rechtfertigen hat. Was die wirtschaftliche Tragweite der neuen Verordnung betrifft, so ist auf Grund der bisherigen Erfahrungen und Untersuchungen anzunehmen, dass etwa 5000 Gastbetten mit einer Gesamtverschuldung von rund 350 Millionen Franken davon erfasst werden, wobei die Ueberschuldung sich pro Bett auf 2000—3000 Franken stellt, also insgesamt auf 100—150 Millionen Franken. Um die ungedeckten Kapitalien abzufinden, bedarf es eines Aufwandes von 20—30 Millionen Franken. Dem Grundsatz, dass auch der Schuldner zur Sanierung beitragen muss, wird mit der Rückzahlungspflicht der Hilfsdarlehen Rechnung getragen.

Daneben führt die neue Verordnung die Meliorationshypothek ein, womit der Erneuerungsbedarf unserer Hotellerie aus der Krisenzeit nachgeholt werden soll. Dafür dürften 80—100000 Gastbetten in Frage kommen, wobei der eigentlichen Fremdenhotellerie infolge ihres Exportcharakters der

Fortsetzung auf Seite 2

Vorzug gebührt. Der Erneuerungsbedarf dürfte sich pro Bett auf 500—1000 Franken belaufen, was einem Geldaufwand von weiteren 25—50 Millionen Franken gleichkommt. An der Erneuerungsaktion sollten auch private Geldgeber beteiligt werden. Die Meliorationskredite erfahren eine Sicherstellung durch ein vorgangsreifes Pfandrecht des Bundes. Als Grundsatz der Sanierungsaktion soll gelten, das Gute, das die Krise zu Boden drückte, aufzurichten und zu erhalten und das Schlechte, nicht mehr Lebensfähige, auszumergen.

Dr. Riesen begrüßte in einer Erklärung namens des Schweizer Hotelier-Vereins die neue Vorlage und anerkennt mit Genugtuung, dass sie bedeutsame Verbesserungen enthält. Infolge ihrer grossen Tragweite war es andererseits Pflicht der Hotelierie, eine Reihe von Verbesserungs- und Abänderungsvorschlägen zugunsten der bedrängten Hotelbetriebe anzubringen, die dem Eidg. Justizdepartement unterbreitet wurden. Ohne im einzelnen darauf einzutreten, verwies der Redner auf zwei Hauptforderungen:

1. größere Handhabung des variablen Zinsfusses;
2. zur eigentlichen Entschuldungsvorlage: Möglichste Entlastung von Kontrolle und Aufsicht für Betriebe, die alle Gewähr für eine kaufmännische Führung bieten. Prüfung der Frage, ob nicht im einzelnen Fall eine erleichterte und weitgehende Abschreibung von Kapitalen, die nicht mehr verzinst werden können, möglich sei.

Herr Baumann stellte fest, dass die Personalorganisation noch nicht Gelegenheit hatte, zur Vorlage Stellung zu nehmen und bezeichnete es als notwendig, dass die Sanierungsaktion auf einen breiteren Boden gestellt werde.

Über die Fortsetzung und Erweiterung der Hilfsmassnahmen des Bundes zugunsten des Hotelgewerbes

(Fortsetzung von Seite 1)

scheidung bringen würde. Aber schon im Laufe des Jahres 1940 zeigte es sich, dass mit diesen Stundungen nicht auszukommen sei und dass es auch mit ihrer blossen Verlängerung nicht getan sein konnte. In einer neuen Verordnung vom 13. Oktober 1940 wurde daher nicht nur die Möglichkeit der Stundung von Zinsen bis Ende 1941 und die automatische Verlängerung der früher schon bewilligten Stundungen bis zu diesem Termin vorgesehen, sondern auch vorgesorgt, dass bei den notleidenden Unternehmungen sich nicht ein Zinsengrenzen anhäufen könne, der in alle Zukunft dem Betriebe als tödliches Bleigewicht anhangen und ihn nicht mehr zur Erholung kommen lassen würde.

Dazu kamte die Einführung des sogenannten variablen Zinsfusses für alle, auch die erstklassigen Pfandtitel auf Hotelunternehmungen, die infolge der Kriegswirren nur noch so reduzierte Einnahmen hatten, dass daraus eine Vollbezahlung der Zinsen nicht mehr möglich war. Der Nachlassbehörde wurde die Ermächtigung erteilt, sofern auch keine anderen Mittel zur Bezahlung dieser Zinsen vorhanden sind und es sich um einen unter normalen Verhältnissen lebensfähigen Betrieb handelt, dem Eigentümer, der in sachlicher und persönlicher Beziehung als einwandfrei befunden wird, die Bewilligung zu erteilen, die Zinsforderungen nur in dem Umfange beglichen zu müssen, als aus den Einnahmen nach Abzug der nötigen Betriebs- und Unterhaltsausgaben noch ein Überschuss verbleibt. Einen solchen endgültigen Zinsverlust dem Gläubiger aufzulegen dürfte man aber natürlich nur dann, wenn ihm hinreichende Garantien gegeben wurden gegen einen — naheliegenden — Missbrauch dieser Vergünstigungen. Sie wurden darin gefunden, dass der betreffende Hotelier in seiner Geschäftsführung der Aufsicht der SHTG unterstellt wurde, die nicht nur den für Gebäude- und Mobiliar-Unterhalt und für Neuausschaffungen sowie für die Führung des Betriebes notwendigen Betrag zu bestimmen, sondern auch die Jahresrechnungen zu prüfen und den an die Gläubiger zu verteilenden Überschuss selbst zu bestimmen hat. Überdies wurde jedem zu Verlust gekommenen Pfandgläubiger die Möglichkeit gegeben, die auf ihn entfallende Zuteilung auch noch von der Nachlassbehörde überprüfen zu lassen (wovon jedoch meines Wissens sozusagen die Gebrauch gemacht worden ist). Dem Schuldner wurde auch untersagt, ohne Zustimmung der SHTG Bürgschaften einzugehen und Belastungen und Veräusserungen seiner Grundstücke vorzunehmen. Aus dem Bundesbeschluss von 1935 wurde endlich herübergenommen die Möglichkeit der Barabfindung rückständiger Kapitalzinsen, jedoch unter Herabsetzung des Maximalbetrages der Barzahlungen von 75% auf 50% und unter Einräumung eines Spielraumes sogar bis auf 25% herab. Da die Kantone und Gemeinden fördern, auch von stillgelegten oder ohne Betriebsüberschuss, oder sogar mit Verlust arbeitenden Unternehmungen die gleichen Steuern zu fordern wie in normalen Zeiten, wurde diese Möglichkeit der Barabfindung auch auf rückständige Steuern und Abgaben ausgedehnt. Denn wenn ihre Integrität eine Einbeziehung auf die Vermögenswärtigen Umständen erlassen würde, so könnte wohl jedes notleidende Unternehmen wegen solcher Steuerforderungen zu Fall gebracht werden. Die Gemeinden und Kantone haben ja auch ein Interesse daran, anstatt solche Betriebe in den Konkurs zu treiben, wobei sie dann mit ihren Forderungen vollständig zu Verluste kämen, sich mit einem sofort zu bezahlenden Teilbetrag zu begnügen und sich durch die Rettung des Betriebes über die Krise hinaus für die Zukunft

Mit der Mitteilung, dass der zweite Referent, Herr Gérard Bauer, Finanzdirektor, Neuenburg, infolge militärischer Beanspruchung am Erscheinen verhindert sei, sein Referat über den westschweizerischen Fremdenverkehr jedoch schriftlich vorlegen werde, schloss Regierungsrat Dr. Gafner mit einem herzlichen Dankeswort an die Teilnehmer den geschäftlichen Teil der 11. Generalversammlung des Schweizerischen Fremdenverkehrsverbandes.

Nach einem durch die Kantonsbehörden im Schloss dargebotenen Ehrentrunk begab man sich nach einem beschaulichen Rundgang durch die Altstadt zum gemeinsamen Mittagessen ins Restaurant Beau-Rivage, wo Regierungsrat Gafner die herzliche Aufnahme im gastfreundlichen Neuenburg verdankte und den Geist der Stadt pries, deren Kultur und Kunstsinne dem Fremdenverkehr nachhaltige Impulse verliehen. Sie ist deshalb in besonderem Masse befähigt, die schöne und verantwortungsvolle Aufgabe der Ausbildung und Erziehung unserer Jugend zu übernehmen. Im Namen der kantonalen Behörden entbot Staatsratspräsident Barillet freundschaftlichen Gruss und Willkomm, während Stadtpräsident K. Béguin die moralische Komponente des Fremdenverkehrs und dessen nationale Bedeutung unterstrich.

Unterdessen hatte eine goldene Herbstsonne den Nebel verscheucht, so dass die gemeinsame Seefahrt nach Auvernier zu einem vollen Genuss wurde. Die stille Schönheit des alten Winzerstädtchens fand in Architekt Jacques Béguin einen eindrucksvollen Kunder, der besonders die ehrliche, im eigenen Wesen wurzelnde Baugesinnung hervorhob. Ein Empfang mit Degustation durch Herrn Charles de Montmolin im Schloss Auvernier bildete den stimmungsvollen Ausklang der Tagung. K.

die Möglichkeit normaler Besteuerung wieder zu sichern. Im Oktober 1940 wagte man noch nicht, diese variable Verzinsung und Barabfindung weiter hinaus als bis Ende 1941 anzuordnen. In einer Neuaufgabe der Verordnung vom 10. Dezember 1941, wurde sie dann aber für die bis Ende 1943 fällig werdenden Zinsen und Steuern als möglich erklärt. Endlich wurde in dieser Verordnung auch die Möglichkeit des Zwangsnachlasses von Kurrschulden herübergenommen und neu geregelt, und zwar im Sinne einer weitgehenden Vereinfachung und Erleichterung zugunsten des Schuldners. Danach wird keine eigentliche Nachlassstundung mehr publiziert; es findet kein Schuldner und keine Gläubigerversammlung statt, und es wird kein Schlichter ernannt. Statt dessen ist die SHTG mit der Untersuchung der finanziellen Verhältnisse des Schuldners beauftragt und verpflichtet, der Nachlassbehörde einen Vorschlag für den den Kurrentgläubigern zuzumutenden Nachlass vorzulegen. Überdies wird dann in der Beratung der Nachlassbehörde, zu der die Gläubiger öffentlich vorgeladen werden, um ihre Einwände vorzubringen, verhandelt, und die Bestätigung des Nachlasses ist auszusprechen, wenn die Nachlassbehörde den Vorschlag der SHTG als begründet findet und zu der Überzeugung kommt, dass er die Interessen der Gläubiger besser wahre als eine Konkursliquidation.

Damit ist man nun in allen wesentlichen Punkten weit über den eingangs erwähnten Bundesbeschluss von 1935 in der Privilegierung des Hotelier-Schuldners und in den Eingriffen in die Gläubigerrechte hinausgegangen. Er hat seine Bedeutung damit verloren und ist denn auch schon in der Verordnung vom Oktober 1940 außer Kraft gesetzt worden. Noch ist zu erwähnen, dass für die Vorschüsse, welche die SHTG zur Aufbindung von Zinsen und Steuern sowie zur Aufrechterhaltung des Betriebes und der Betriebsbereitschaft der Hotels aus den ihr vom Bund hierfür zur Verfügung gestellten Mitteln macht, ihr nun anstelle des früheren sog. Amortisationspfandtitels ein ohne Eintragung ins Grundbuch bestehendes gesetzliches Pfandrecht eingeräumt wird, das bis auf 10% der bestehenden grundpfandlichen Belastung gehen kann, aber in längstens 15 Jahren zu amortisieren ist.

Endlich besteht auch die Möglichkeit, Kapitalforderungen bis Ende 1944 zu stunden sowie eine neue Stundung für rückständige Steuern, soweit diese nicht in bar abgefunden werden können, zu bewilligen. Darnach sollen sie, wenn einem Schuldner die variable Verzinsung begründet worden ist, nach Bezahlung der Pfandzinsen den Vorrang den anderen Schulden haben. Soweit aber eine Deckung aus dem Betriebsergebnis nicht möglich ist, gelten sie als gestundet bis ein Jahr nach Beendigung der variablen Verzinsung.

Das ist in Kürze der Stand der rechtlichen Hilfsmassnahmen, wie sie zurzeit zugunsten der Hotelierie in Kraft stehen, wobei ich absichtlich, um mich nicht allzulange beim Ausgangspunkt aufhalten zu müssen, die Hilfe, die den Hotelier durch die Stundung und Nachlass des Pfandzinses gewährt werden kann, auf der Seite liess. Auch kann ich auf die besonderen Erleichterungen nicht näher eingehen, welche denjenigen Hotels eingeräumt sind, deren Kapitalien im Obligationenleihe bestehen und deren Sanierung sich auf dem Boden der Verordnung über die Gläubigergemeinschaft abwickeln soll. Ich will nur erwähnen, dass diese Verordnung durch einen Bundesratsbeschluss vom Oktober 1935, ergänzt durch einen weiteren vom 19. De-

zember 1941, nicht nur für die Hotelierie, sondern für alle vom Fremdenverkehr abhängigen Betriebe dahin abgeändert worden ist, dass die Anleihegläubiger 10% Kapitalmehrheit im Schuldner aller möglichen Erleichterungen, insbesondere Kapitalabstriche, konzederieren können. Und da gleichzeitig auch den gewöhnlichen Gläubigern von der Nachlassbehörde, als welche das Bundesgericht funktioniert, entsprechende Zwangsnachlässe auferlegt werden können, hat man es dabei wieder mit einer neuen Ausnahme vom gewöhnlichen Nachlassvertragsrecht zugunsten des Hotelgewerbes zu tun.

Gestützt auf die Möglichkeit, alle diese Massnahmen durch Beschluss der Nachlassbehörde im gerichtlichen Verfahren durchzusetzen, ist die SHTG nun in den letzten Jahren mit den Gläubigern der notleidenden Betriebe, die sich um Hilfe an sie wandten, jeweils vorerst in Unterhandlungen getreten, um von ihnen auf freiwilligem Wege die Konzessionierung derjenigen Zugeständnisse des Schuldners zu erlangen, die ihm die Überwindung der gegenwärtigen Krisis ermöglichen. Es ist bisher ein grosser Mehrzahl aller Fälle auf ein weitgehendes Entgegenkommen gestossen, so dass die Durchführung eines eigentlichen Nachlassverfahrens vor der Nachlassbehörde zur seltenen Ausnahme geworden ist. Die Notverordnung hat durch ihre bloss Existenz ebenso gewirkt, wie wenn sie von der Nachlassbehörde selbst zur Anwendung gebracht worden wäre. Dabei wurde Zeit gewonnen und wurden Kosten gespart.

II.

Eine Lücke klappte aber bisher noch in diesem System der dem Gläubiger durch den Staat im Interesse der Erhaltung der unter normalen Verhältnissen lebensfähigen Hotelunternehmungen auferlegten Opfer. Alle die geschilderten Massnahmen haben im Grunde nur vorübergehenden Charakter, haben nur den Zweck, das Durchhalten durch den Krieg und die folgende schwierige Übergangszeit zu ermöglichen. Man wird die Möglichkeit, Kapitalen und Zinsen zu stunden, natürlich wieder über 1943 hinaus verlängern müssen, wohl auch die Einräumung des variablen Zinsfusses, einstweilen nach den Vorschlägen der SHTG bis Ende 1945; desgleichen auch die anderen erwähnten Massnahmen. Und darin wird denn auch im wesentlichen die „Fortsetzung“ der Hilfsmassnahmen bestehen. Sehr viele zur Sanierung angemeldete Hotelunternehmungen haben sich jedoch schon als überkapitalisiert erwiesen und werden auch nach Eintritt normaler Zeiten nicht in der Lage sein, alle ihre Kapitalien wieder voll zu verzinsen. Andere Betriebe werden namhafte Beträge aufwenden müssen, um die während der Krisenzeit unterlassenen Renovierungen und Verbesserungen nachzuholen, ohne welche die Konkurrenz mit den anderen und namentlich mit dem Ausland nicht mit Erfolg weiter aufgenommen werden können. Daher hat die SHTG bisher schon, wenn sie von einem notleidenden Betriebe um Hilfe angegangen worden ist, sich bestrebt, wenn immer möglich, auch eine dauernde Sanierung durch den Abbau der untragbaren Kapitalbelastungen herbeizuführen. Das konnte nur geschehen auf dem Wege der Verhandlungen mit den Gläubigern, um von ihnen die freiwillige Zustimmung zur Abfindung von Pfandkapitalen zu einem reduzierten Betrage zu erwirken. Dazu leistete sie Vorschüsse mit Pfandrecht, das nach dem Abbau der Pfandbelastung auf das erträgliche Mass eine gewisse Sicherheit für die zukünftige Rückzahlung bot. Die Mittel hiezu wurden, soweit nicht Bekannte und Verwandte des Schuldners dafür einsprangen, aus den Mitteln der SHTG zur Verfügung gestellt. Das Bundesgesetz gestoppt.

Das Problem, das sich der SHTG nun stellte, als sie sich mit der Fortsetzung der bisherigen Massnahmen zu befassen hatte, war, das, ob es nicht angezeigt und wie es möglich wäre, bei diesem Anlass auch für die Entschuldung normative Bestimmungen aufzustellen, mit deren Hilfe die Abfindung nicht mehr rentabler Pfandkapitalen auf den Hotelgrundstücken auch ohne ausdrückliche Einverständnisse der betroffenen Gläubiger durchgeführt werden könnte. Den Anlass dazu bot eine der SHTG zur Vernehmung zugestellte Eingabe des Schweizer Hotelier-Vereins vom November 1942, in der mit besonderem Nachdruck, unter Berufung auf das inzwischen fertiggestellte Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Entschuldung die sofortige Inangriffnahme einer Aktion zur Ermöglichung einer Entschuldung der Hotelunternehmungen postuliert worden war. Der Verwaltungsrat der SHTG konnte der Prüfung dieser Frage umso eher nachtreten, als er ja, wie eingangs erwähnt, schon im Jahre 1939 sich von der Notwendigkeit einer Entschuldungsaktion überzeugt und dahingehende Vorschläge ausgearbeitet hatte. Daher beauftragt er seine Direktion, eine Vorlage darüber auszuarbeiten, die nun beim Justizdepartement eingereicht und in kurzer Frist einer Expertenkommission zur Prüfung und damit auch zur Diskussion in weiteren Kreisen unterbreitet werden soll.

III.

Das neue Hauptkapitel der Vorlage befasst sich mit der Barabfindung ungedeckter Kapitalforderungen und enthält den Grundsatz, dass durch Verfügung der Nachlassbehörde Pfandkapitalien mit einem gewissen Prozentsatz ihres Nominalbetrages abgefunden werden können, der Gläubiger also einen Zwangsnachlass auf sich zu nehmen habe, wie dies ja auch das Gesetz über die landwirtschaftliche Entschuldung schon getan hat.

Dabei konnte es sich aber zum vorerwähnten nicht etwa, wovon in gewissen Kreisen der Hotelierie immer noch ernsthaft gesprochen wird, um eine allgemeine, auf alle Hotelgrundstücke, ohne Ausnahme, zu verzinsende, sondern nur um eine individuelle, d. h. nach Prüfung jedes Einzelfalles auf seine Sanierungsbedürftigkeit — und Würdigkeit — speziell zu bewilligende Entschuldung handeln. Es genügt wohl zur Begründung dieses Standpunktes auf die Botschaft des Bundesrates vom 26. Juli 1936 zum bäuerlichen Entschuldungsgesetz zu verweisen, wo die Ablehnung der — ja auch für die Bauern — verzinsenden Entschuldung mit folgenden Sätzen motiviert wird; die mutatis mutandis, auch für die Hotelierie zutreffen.

Gegen die generelle Entschuldung spricht schon die Überlegung, dass der Staat in das zwischen Gläubiger und Schuldner bestehende Rechtsverhältnis ohne den Notwendigkeit eingreifen soll und dass er sich der Intervention

jedenfalls zu enthalten hat, wenn und solange der Schuldner instande ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Die Preisgabe dieses Prinzips, das dem gesunden Empfinden unseres Volkes entspricht, müsste auf allen Gebieten des Rechtes zu den schwersten Erschütterungen führen. Eine gründliche Prüfung des einzelnen Falles in persönlicher wie in sachlicher Beziehung drängt sich aber auch aus dem Grunde gebieterisch auf, weil die Entschuldung nur unter Aufwendung namhafter öffentlicher Mittel durchgeführt werden kann. Unsererseits könnten wir es nicht verantworten, dass das Ziel der Steuerzahlung zur künstlichen Stützung sanierungsunwürdiger oder zur Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes unfähiger Existenzen vertan wird. Und ebensowenig könnten wir zu einer Lösung Hand bieten, welche die Hilfe der Öffentlichkeit demjenigen zuteil werden lässt, der in Anbetracht seiner Vermögensverhältnisse dieser Hilfe gar nicht bedarf.

Natürlich bestehen prinzipielle Bedenken gegen die Auferlegung eines Zwangsnachlasses an die Pfandgläubiger auch bei der individuellen Entschuldung. Es war bis jetzt Grundsatz im Nachlassvertragsrecht, dass der Zwangsnachlass vor den Pfandkapitalien halt zu machen habe, dass zwar für den durch die Schätzung nicht gedeckten Teil derselben die Nachlassdividende gezogen werden könnte, dass aber das Pfandrecht für den nichtbezahlten Betrag bestehen bleibe und vom Pfandgläubiger später wieder geltend gemacht werden könne. Und nach gemeinem Rechte soll einem Gläubiger ein Nachlass oder eine Stundung nur aufkrotyert werden können, wenn sich eine qualifizierte Mehrheit der Gläubiger damit ausdrücklich einverstanden erklärt hat. In beide Grundsätze aber in den letzten Jahren unter dem Druck der aufeinanderfolgenden Wirtschaftskrisen wiederholt schon Bresche geschlagen worden. Die Gläubigergemeinschafts-Verordnung von 1918 schon hat Kapitalabstriche auch an pfandgedeckten Anleihekrediten als möglich erklärt, allerdings mit Zustimmung einer qualifizierten Kapitalmehrheit. Für die Bankensanierungen ist aber die Bildung dieser Mehrheit ausserordentlich erleichtert worden durch die Einführung des Einsprucherfahrens, wonach alle Gläubiger, die nicht ausdrücklich gegen die publizierten Vorschläge Einsprache einlegen, als zustimmend behandelt werden. Ferner ist für gewisse notleidende Wirtschaftszweige in Verbindung mit einer auf Grund der Gläubigergemeinschafts-Verordnung durchgeführten Sanierung auch die Auferlegung eines Zwangsnachlasses an die Kurrentgläubiger ermöglicht worden, ohne dass die sonst erforderliche Mehrheit sich dafür ausgesprochen hätte. Die sowohl für die notleidenden Bauern durch die Verordnung von 1935 wie für die notleidenden Hotels auch schon 1935 eingeführte Ermöglichung der Barabfindung von gedeckten Pfandkapitalzinsen durch Teilzahlungen bedeutet auch nichts anderes, als die Auferlegung eines Zwangsnachlasses an die Gläubiger der Pfandforderungen. Es stellt daher nur den letzten Schritt dar auf der Linie dieser Entwicklung eines neuen, den ausserordentlichen Verhältnissen, in denen wir seit Jahren leben, angepassten Nachlassrechtes, wenn nun auch noch für die Pfandkapitalien die Möglichkeit der Auferlegung eines Zwangsnachlasses geöffnet wird. Nachdem die Bundesversammlung in der letzten Session die schweizerische Zustimmung des Schweizer Volkes für die Landwirtschaft getan hat, im Hinblick auf die besondere Wichtigkeit der Erhaltung des Bauernstandes, scheint es nicht vermessen, diesen Grundsatz auch auf das an volkswirtschaftlicher Bedeutung, wenn auch nicht gleichwertige, so doch für unsere Zahlungsbilanz äusserst wichtige Hotelgewerbe auszudehnen, das wohl, das am dringendsten empfindliche Glied unserer Volkswirtschaft darstellt. Da die Pfandforderungen je nach dem Pfandrechtsrang eine ungleiche Sicherheit geben, so ist es sowieso nicht möglich, die Pfandgläubiger über den Nachlass abstimmen zu lassen und die Minderheit an den Entscheid der Mehrheit zu binden. Nur die in gleichen Sicherungsrechten stehenden Gläubiger könnten eine solche Gemeinschaft mit einem Mehrheitswillen bilden. An die Stelle des Zwanges durch die Mehrheit muss also derjenige durch eine gerichtliche Instanz als Vertreter der Öffentlichkeit treten und es ist dann Aufgabe der Gesetzgebung, dafür zu sorgen, einmal, dass diese Instanz die Interessen der Gläubiger mindestens in gleicher Weise wahrt, was durch die Aufstellung von bestimmten Voraussetzungen zu geschehen hat, die der Schlichter erfüllen muss, damit die Intervention der Öffentlichkeit stattfinden kann. Andererseits müssen dem Gläubiger die erforderlichen Garantien gegeben werden, dass der ihm aufzugezwogene Nachlass auch wirklich seinen Zweck der Sanierung des Unternehmens erfüllt, nicht von einem unredlichen Schuldner missbraucht wird und dass endlich vom Schuldner, wenn er dazu ohne Berücksichtigung seiner Interessen gezwungen ist, der Verlust wieder gutgemacht wird. Nur wenn diese Kautelen richtig ausgebaut sind, darf man mit einem Vorschlag zu zwangsmässigem, individuellem Schuldenabbau zum Nachteil der Gläubiger operieren. Diesen Weg ist denn auch das Bundesgesetz über die Entschuldung der landwirtschaftlichen Heimwesen gegangen und der Entwurf der SHTG ist in wesentlichen Punkten diesem Vorbild gefolgt, hat aber versucht, mit einem einfacheren Verfahren und mit weniger Kasuistik auszukommen. Der von der kantonalen Nachlassbehörde auszusprechende Zwangsnachlass wird also wie dort auf diejenigen Pfandforderungen beschränkt, die nach einer vorzunehmenden Schätzung nicht mehr als durch den Wert des Pfandes gedeckt erscheinen. Pfandgedeckte Kapitalforderungen können nur bis zu dem in diesem Vorhaben festgesetzten Prozentsatz unserer Rechtsordnung — nur mit Einverständnis des Pfandgläubigers herabgesetzt werden. Daran hat auch das Gesetz über die bäuerliche Entschuldung nicht zu rühren gewagt, und ein Einbruch in dieses Prinzip wäre auch für die Hotelierie durch nichts gerechtfertigt und hätte zum vorerwähnten keine Aussicht auf Annahme durch die massgebenden Instanzen. Dabei muss abgestellt werden auf den mittleren Ertragswert einer Reihe von Jahren, die gute und schlechte umfasst. Den Gläubigern gegenüber wäre es nicht zu verantworten, wenn ihrer Ertragswert nach den gegenwärtigen, reduzierten Erträgen berechnet würde. Die Möglichkeit, nach Eintritt normaler Verhältnisse seinen Titel aus dem Ertrag wieder verzinst zu sehen, darf ihm nicht genommen werden. Dem Schuldner gegenüber wäre keine Entlastung bedeuten, wenn auf den Verkehrswert in normalen Zeiten abgestellt würde. Daher stellt der Entwurf

auf den mittleren Ertragswert der letzten zehn Vorkriegsjahre ab, wobei er von der Ansicht ausgeht, dass damit ungefähr der Betrag erzielt werden könnte, den das Unternehmen auch nach dem Kriege unter normalen Verhältnissen aus den Einnahmen ohne Schwierigkeiten erzielen könnte. Die Schätzung spielt darnach im Verfahren eine kapitale Rolle, da von dem durch sie ermittelten Wert die Ausscheidung der vom Zwangsschlachsbetroffenen Forderungen von denjenigen abhängig, die davon ausgeschlossen sein sollen. Nach dem Entwurfe soll sie von den Organen der SHTG unter Vorsitz und Leitung eines vom Bundesrat zu wählenden, neutralen Präsidenten vorgenommen werden, ohne Rekursmöglichkeit. Damit dürfte in zutreffender Weise sowohl für eine rasche, nicht zu teure, wie auch für eine sachkundige Vornahme der Schätzung gesorgt sein. Die SHTG hat zudem in einem Reglementsentwurf zuhanden des Bundesrates bestimmte Richtlinien für die Vornahme dieser Schätzung niedergelegt. (Schluss folgt)

Der Fremdenverkehr im August 1943

Vom Eidgenössischen Statistischen Amt

Begünstigt durch ausgezeichnetes Sommerwetter entwickelte sich der Ferien- und Reiseverkehr auch im zweiten Monat der Hochsaison in einer für Kriegsverhältnisse befriedigenden Weise. Das Total der Logiernächte übertraf die Augustzahlen 1942 um 12%, während sich die Ankünfte gegenüber dem Vorjahr kaum veränderten. Der Mehrbesuch ist ausschliesslich den Inlandgästen zu verdanken, die 15% mehr Übernachtungen und eine um 3% grössere Zahl von Arrivées aufwiesen. Diesem neuen Höhepunkt des Binnenverkehrs stand eine weitere fühlbare Einbusse im Auslandverkehr gegenüber, die bei den Logiernächten 19 und bei den Ankünften sogar 43% erreichte.

In welchem Ausmass die fremden Gäste während der letzten sechs Jahre an Bedeutung verloren haben, veranschaulicht die Verminderung ihrer Übernachtungen von 1 765 000 im August 1937 auf 1 470 000 im Berichtsmonat. Sein volles Gewicht erhält dieser Rückgang von 92% aber erst, wenn man sich vergegenwärtigt, dass heute weitgehend Erholungs- und Fluchtlinge an die Stelle des internationalen Hotelpublikums getreten sind. Auch der an sich sehr erfreuliche Anstieg der Inlandlogiernächte um 494 000 oder 34% gegenüber August 1937 vermochte das Manko im Auslandverkehr bei weitem nicht auszugleichen, so dass das Total der Übernachtungen in der Berichtsperiode immer noch um 10% (2%) hinter dem Stand vom August 1937 zurückbleibt. Die Frequenzsteigerung gegenüber dem vorjährigen Vergleichsmonat ergab bei leicht vermindertem Bettenangebot eine Verbesserung der durchschnittlichen Besetzung der verfügbaren Betten um rund 5% auf 45,6%, bei den vorhandenen Betten hob sich die Quote von 32,0 auf 36,4%.

Wohnland der Gäste	Arrivées		Logiernächte	
	August 1942	August 1943	August 1942	August 1943
Inland . . .	357 560	367 450	1 692 775	1 950 669
Ausland . .	15 287	8 690	180 620	140 992
Zusammen	372 847	376 140	1 873 395	2 097 571

Mit Ausnahme des Tessins meldeten sämtliche Fremdengebiete höhere Logiernächtezahlen als im August 1942, wobei sich der Anstieg zwischen 2,8% (Genfersee) und 34,9% (Jura) in recht weite Grenzen bewegt.

In Graubünden entsprach die Zunahme der Übernachtungen von 14,7% ungefähr dem Durchschnitt aller Fremdengebiete (12,7%), während die Ankünfte mit einem Plus von 11,7% bedeutend über dem Mittel sämtlicher Fremdenregionen (2%) lagen. Einem sehr lebhaften Besuchserleben sich die Oberengadiner Fremdenorte, wo künstlerische und sportliche Veranstaltungen (Engadiner Konzerte in Sils-Silvaplana, Schweizerische Segelflugmeisterschaften in Samaden) eine besondere Anziehungskraft ausübten. Bei leicht rückläufiger Besetzung der Sanatorien betrug die Frequenzverbesserung der Hotels um 20% in Davos 33 und in Arosa 38%, während anderseits Klosters nur wenig mehr Übernachtungen buchen konnte als vor Jahresfrist.

Mit einem Anstieg der Logiernächte um 22,2% übertraf die Belegung im Berner Oberland das im bündnerischen Fremdengebiet festgestellte Ausmass. Die bedeutendsten Frequenzverbesserungen meldeten Adolboden, Wengen, Grindelwald und Mürren, wo die vorjährigen Übernachtungsziffern um 47 bis 72% überschritten wurden.

Bei kaum veränderten Ankünften meldeten die Orte der Zentralschweiz um rund ein Fünftel höhere Übernachtungsziffern als vor Jahresfrist, wobei Zunahmen von mehr als 50% in Beckenried, auf dem Bürgenstock sowie in Engelberg, Küsnacht am Rigi und Lugern festgestellt wurden.

Auch im Sängertgebiet verharrten die Arrivées ungefähr auf dem Stand des Vorjahres, wogegen sich der Anstieg der Übernachtungen mit rund einem Zehntel in verhältnismässig bescheidenem Rahmen hielt.

Die im Wallis ermittelte Zunahme der Übernachtungen um 13,6% stimmt ziemlich genau mit der durchschnittlichen Entwicklung aller Fremdengebiete überein. Ein Mehr an Logiernächten von einem Viertel und darüber verzeichneten Champéry, Champex und Zermatt.

Eine recht erfreuliche Belegung verzeichneten ferner die Waadtländer Alpen, wo die Übernachtungen um ein Fünftel und die Ankünfte um 15,1% anstiegen. Die Besetzung der Sanatorien in Leysin nahm nur schwach zu.

Die ganz beachtliche Verbesserung der Frequenzen im Jura kam allen Gegenden zugute, doch stach der bernische Kantonsteil durch eine besonders lebhaft Verkehrszunahme hervor.

Der bescheidene Anstieg der Übernachtungen (2,8%) und die Verminderung der Arrivées um rund ein Zehntel in der Region des Léman erklärt sich durch den Wegfall der Genfer Zeitungsblätter, der das ganze Gebiet ins Vorjahr eine kräftige Zunahme von vorwiegend kurzfristigen Besuchern zu verdanken hatte.

Wie schon im Juni und Juli, blieb der Ferien- und Reiseverkehr des Tessins auch im August hinter dem Vorjahr zurück. Die Abnahme der Ankünfte und Übernachtungen um rund ein

Sechstel, die in allen wichtigeren Fremdenorten spürbar war, hängt offenbar mit den militärischen und politischen Ereignissen in Italien zusammen.

Unter den Grosstädten verzeichnete allein Zürich eine bessere Besetzung als im August 1942; während in Basel keine Veränderung eintrat, meldete neben Genf auch Bern geringere Besucherzahlen.

Zur Trinkgeldordnung

Am Donnerstag, den 28. Oktober, fand unter dem Vorsitz von Herrn Direktor Dr. Willi vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit eine Sitzung über die Trinkgeldfrage statt. Beteiligt waren die drei schweizerischen Handelsreisenden-Verbände, vertreten durch die Herren Dr. Meister, Genf, Dr. Bideau, Genf, und Herrn Maurer. Eingeladen waren ausserdem die Herren der Trinkgeldaufsichtskommission, nämlich Herr R. Baumann von der Union Helvetica, die Herren Bieri, Interlaken und Dr. Riessen.

Behandelt wurde neuerdings die Frage, ob es möglich sei, dem Handelsreisenden die in der Trinkgeldordnung vorgeschriebenen 15% respektive 12% Passantenzuschlag auf die im Pensionsverkehr üblichen 10% zu reduzieren.

Die Verhandlungen wickelten sich in sehr culanter Form ab. Die Vertreter der Handelsreisendenverbände betonten vor allem wiederum, dass es ihnen nicht darum zu tun sei, das Hotelpersonal im Einkommen zu schmälern. Die Mehrleistungen, die vom Gast, also auch vom Handelsreisenden, gefordert würden, betrügen in der Tat nur geringe Summen. Indessen handle es sich um das Prinzip. Der Geschäftsreisende dürfte doch als bester Kunde der Hotellerie eine Vergünstigung erwarten. Auch stosse es, dass der Tourist oder Vergnügungsreisende im Pensionsverhältnis nur 10% bezahlen müsse, während der gute Kunde, d.h. also der Geschäftsreisende, der vielmals im Hotel absteige, zu einem erhöhten Beitrag verhalten werde. Ein Vertreter der Geschäftsreisendenwelt machte allerdings im Gegensatz dazu geltend, dass das Verlangen der Hotelangestellten durchaus berechtigt sei und von den Mitgliedern seines Verbandes auch voll und ganz anerkannt werde. Es wurde dann eine Lösung in dem Sinne vorgeschlagen, dass dem ständigen Kunden eines Hotels gegen Vorlage der amtlichen Ausweis Karte für Handelsreisende statt 15 resp. 12% nur die 10% gefordert werden dürfen.

Der Vertreter der Trinkgeldkommission wies demgegenüber darauf hin, dass die angebotene Lösung in der Praxis nicht durchgeführt werden könne. Der Vorschlag der Handelsreisendenverbände würde jedenfalls Missbräuche nach sich ziehen. Eine Kontrolle über die Frage, wer Handelsreisende und wer Vergnügungsreisende beanspruchen dürfe, würde kaum mehr möglich sein. Die Erhebung des Passantenzuschlages von 15 resp. 12% würde damit völlig in Frage gestellt. Eine andere praktische Lösung formeller Natur liegt nicht vor. Ausnahmen für die Verbandsmitglieder der Geschäftsreisenden sind rechtlich nicht statthaft und würden von der übrigen Gästewelt nicht verstanden. Die Kontrolle der Trinkgelder in den Betrieben hat zudem ergeben, dass sozusagen keinerlei Beanstandungen seitens der Gästewelt in bezug auf die 15% Passantenzuschläge erfolgt sind. Ausserdem geniessen die Geschäftsreisenden in den Hotels, wo sie bekannt sind, wesentliche Vergünstigungen, d.h. Zimmer zu Minimalansätzen, verbilligte Frühstücke, wesentliche Ermässigung der Heizungszuschläge usw. Es ist schliesslich nicht richtig, den Passagerverkehr mit dem Vergnügungsverkehr in Vergleich zu ziehen. Der Passagerverkehr erfordert bedeutend grössere Aufwendungen und auch Anforderungen an das Personal. Dieser Tatsache müssen auch die Handelsreisenden Rechnung tragen.

Der Vorsitzende stellte am Schlusse der Verhandlungen fest, dass eine praktische Lösung für ein besonderes Entgegenkommen gegenüber den Handelsreisenden nicht gefunden sei. Er machte indessen darauf aufmerksam, dass der Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes die Erhöhung der Trinkgeldsätze für den Passantenverkehr ausdrücklich genehmigt habe. Diese Erhöhung stellt nur einen teilweisen Ausgleich für die Teuerung dar, der die Hotelangestellten ebenfalls ausgesetzt sind. Das Hotelpersonal leidet zudem, namentlich auch in den Passantenhäusern, unter dem geschätzten Einkommen, das das geschätzte Einkommen durch die Erhöhung der Zuschläge von 10 auf 12 und 15% bei weitem nicht ausgleichen werden kann. Schliesslich wird auf Art. 13 des neuen Handelsreisenden-Gesetzes verwiesen, welches im Hinblick auf die Teuerung der Geschäftsreisendenwelt ermöglicht, die erhöhten Spesen vom Arbeitgeber nachzuverlangen. M. R.

FRAGE und ANTWORT

Frage Nr. 268: Zuteilung von Traubenkonsthonig. Die kollektiven Haushaltungen sind nach der letzten Quotientabelle verpflichtet, 20% ihrer Bezugsberechtigung in der Warengruppe A in Traubenkonsthonig zu beziehen. Da sich das Bewertungsverhältnis zwischen Zucker und Traubenkonsthonig (gleich wie für Konfitüren) auf 1:2 stellt, bin ich der Auffassung, dass die mir zukommende Zuteilung von Traubenkonsthonig 20% auf Zuckerbasis berechnet beträgt, d.h. mit Grossbezüglercoupons für Traubenkonsthonig in doppelter Quantität zugeteilt werden müssen, also 20% der Gruppenquote von 650 g pro 100 Mc = 130 g auf Zuckerbasis berechnet = 260 g Traubenkonsthonig.

Da das Rationierungsamts diese Berechnungsart nicht anerkennen wollte und mir nur im Verhältnis 1:1 Traubenkonsthonig-Gc zuteilte, möchte ich Sie anfragen, wie es sich damit verhält.

Antwort: Ihre Auffassung ist richtig. Wie uns die Sektion für Rationierungswesen des Eidg. Kriegsernährungsamtes bestätigt, muss die Rationierungsstelle die Traubenkonsthonig-Grossbezüglercoupons im Verhältnis 2:1 zur Zuckerzuteilung ausschütten. Sie haben also Anspruch auf 20% der Gruppenquote von 650 g pro 100 Mc = 130 g auf Zuckerbasis. Auf Ausbündung der Gc für Traubenkonsthonig im Umfang von 260 g pro 100 Mc. Der Irrtum der Rationierungsstelle muss daher korrigiert werden, indem man Ihnen die zu wenig zuteilte Grossbezüglercoupons für Traubenkonsthonig noch nachträglich ausschütten.

Kriegswirtschaftl. Massnahmen und Marktmeldungen

Schaffung eines Viertel-Mc durch Halbierung des halben Mc mit der Schere

Im Kreisschreiben Nr. 267 teilt das Eidg. Kriegsernährungsamt folgendes mit:

In zahlreichen Kreisen der Bevölkerung besteht ein steigendes Bedürfnis, in kWh Milchgetränke und Backwaren einzunehmen, die ihrem Wert nach nur einem Viertel-Mc entsprechen.

Seit der Einführung der Rationierung von Milch und Brot ist die Bewertung dieser Artikel unverändert die folgende:

1 Mc = 4 dl Milch oder 100 g Brot oder durchschnittlich 4 Stück Pâtisserie.

Die Tatsache, dass bisher keine kleinere Mc-Einheit als der halbe Mc bestand, führte nun dazu, dass z. B. eine Tasse Milchkaffee, enthaltend 1 dl Milch, 1 Stück Brot von 25 g oder ein entsprechendes Stück Pâtisserie mit Mc überzahlt werden mussten.

Das KEA hat sich entschlossen, diesem Umstand abzuhelfen: Ab 1. November 1943 kann der bestehende halbe Mc mit der Schere diagonal halbiert werden, um auf diese Weise einen Coupon im Werte eines Viertel-Mc zu erhalten. Ein besonders gedruckter Viertel-Mc wird vom KEA vorläufig nicht herausgegeben. — Die Halbierung des ganzen Mc ist nach wie vor untersagt.

Entsprechend der bisherigen Bewertungsnorm darf ab 1. November 1943 für ein Milchgetränk, das 1 dl Milch enthält, oder für Backwaren, die 25 g Brot entsprechen, nur ein Viertel-Mc gefordert bzw. abgegeben werden.

Im übrigen gilt nach wie vor der halbe Mc als kleinste Einheit für die Bewertung von Mahlzeiten im Spisensatz. Art. 5 der Verfügung Nr. 60 des KEA und Art. VI der zugehörigen Richtlinien bleiben unverändert in Kraft.

Die kWh sind verpflichtet, halbierte halbe Mc von ihren Gästen entgegenzunehmen. Sie haben dieses zwecks Umtausch in Gc auf den üblichen Kontrollbogen für halbe Mc so aufzukleben, dass stets der für einen halben Mc bestimmte Raum überdeckt wird. Diese Kontrollbogen sind in gewohnter Weise dem Bezugsantragsformular F3b beizulegen.

Die bisher von verschiedenen kWh in Umlauf gebrachten privaten Gutscheine im Werte eines Viertel-Mc sind bis spätestens 31. Dezember 1943 aus dem Verkehr zurückzuziehen. Nach diesem Datum dürfen keine privaten Gutscheine für Viertel-Mc mehr ausgegeben oder eingelöst werden.

Diese Regelung gilt sinngemäss auch für Hersteller von Backwaren sowie für Handelsbetriebe, die bis auf weiteres Backwaren gegen Mc abgeben dürfen.

Punktbewertung von Schafffleisch

Ab 1. November sind für 100 g Schafffleisch 75 Punkte (anstatt wie bisher 50 Punkte) erforderlich.

Lenkung des Käseverbrauchs

Das eidgenössische Kriegs-Ernährungsamt teilt mit:

Die anhaltend warme Witterung während des vergangenen Sommers hat zur Folge gehabt, dass ein grösserer Teil der in diesem Zeitraum fabrizierten Emmentalerkäse Grosslochung erhalten hat. Da sich solcher Käse weniger gut für die Lagerung eignen als mittelgrossgelochte, hat das kriegswirtschaftliche Syndikat Schweizerische Käseunion dem Käsehandel Weisung erteilt, zuerst die grossgelochte Ware auf den Markt zu bringen. Damit werden in nächster Zeit Käse zum Verkauf gelangen, die in bezug auf ihr Aussehen möglicherweise nicht allen Wünschen der Konsumentenschaft zu genügen vermögen.

Seit mehreren Monaten erlauben die vorhandenen Bestände an Sprinzeibkäse nicht, die Nachfrage nach dieser Käsesorte zufriedenstellen. Die Abgabe von Sprinzeibkäse ist daher im Interesse einer auf lange Sicht geplanten Versorgungspolitik eingeschränkt worden. Die Bevölkerung wird ersucht, diesen Verbrauchslenkungsmassnahmen das nötige Verständnis entgegenzubringen.

Die Herstellung von Kondensmilch wird eingeschränkt

Das Eidgenössische Kriegsernährungsamt teilt mit: Der für den Winter normale Rückgang des Milchankaufes und die wegen des Unterbruchs der Speiseöl- und Fettimporte notwendig gewordene Ausdehnung der Butterproduktion bedingen besondere Vorkehre zur weiteren Sicherstellung der Landesversorgung mit Milch und Käse. Entsprechend musste die Produktion von Kondensmilch eingeschränkt und deren Abgabe und Bezug im Verkehr zwischen Fabrikations- und Handelsstellen kontingentiert werden.

Für den Konsumenten besteht also inskünftig nicht mehr die Möglichkeit, eine unbeschränkte Anzahl von Milchrationierungsausweisen gegen den Kauf von Milch einzulösen. Da auch der Frischmilchbezug auf den normalen Tagesdurchschnitt beschränkt bleibt, läuft der Konsument Gefahr, während des Monats zurückbehaltene Milchcoupons am Monatsende nicht mehr einlösen zu können. Ein regelmässiges Verteilen der Milchbezüge auf den ganzen Monat ist in Zukunft in noch grösserem Masse als bisher notwendig.

Lenkung des Fleischkonsums

Abnahme des Angebots von Schlachtvieh

Das Eidg. Kriegs-Ernährungsamt teilt mit: Nach beendigem Alpbetrieb hat das Angebot von Schlachtschafen wieder etwas abgenommen. Dementsprechend wird mit Gültigkeit ab 1. Nov. die Punktbewertung für 100 Gramm Schafffleisch mit Knochen von bisher 50 auf 75 Punkte erhöht.

Der vom Oktoberwetter stark begünstigte Futterwuchs ermöglicht eine längere Haltung

der zum Abtosten vorgesehenen Tiere und die Durchwinterung eines grösseren Viehbestandes als im September voraussehen war. Infolgedessen hat die Marktbeförderung mit grossem Schlachtvieh in den letzten Wochen merklich nachgelassen. Nach Abzug der zur Einlagerung benötigten Fleischmengen steht somit für die laufende Versorgung weniger Schlachtvieh zur Verfügung als in den Vormonaten. Ganz besonders knapp ist die Auffuhr von Schlachtkälbern. Die Bevölkerung wird deshalb erneut aufgefordert, auf den Kalbfleischgenuss so lange zu verzichten, bis das Angebot im Laufe des Winters wieder grösser wird. Ebenso auferlegt der Mangel an Schweinen Zurückhaltung in der Verwendung von Schweinefleisch. Die Nachfrage ist vorwiegend auf Rind- und Kuhfleisch zu verlegen.

Gutschrift von Fleisch- sowie allen andern Coupons für einen späteren Warenbezug ist nicht gestattet. Wer Guthaben aus früheren Gutschriften besitzt, kann keinen Anspruch auf entsprechende Warenlieferungen erheben.

Trockeneipulver

Man teilt uns folgendes mit:

„In letzter Zeit hört man oft Diskussionen über das seit ungefähr zwei Jahren auf dem Detail-Markt angebotene Trockeneipulver. Dabei werden die verschiedensten Gerüchte herumgeboten, wie: Das Trockeneipulver sei ein Ei-Ersatz, es werde chemisch hergestellt usw.

Dazu ist folgendes zu bemerken: Das Trockeneipulver ist tatsächlich nichts anderes als was sein Name sagt, getrocknete Frischeier, mit anderen Worten, Ei ohne Schale und Wasser. Die Herstellungsart ist ganz folgende: Die Frischeier werden sortiert, aufgeschlagen und im luftverdrängten speziell entfeuchteten Raum bei ca. 50–60° Wärme sorgfältig getrocknet (sog. Trommel- oder Düsenverfahren). Der ganze Vorgang erfolgt ohne Beimischung irgend einer chemischen Substanz und ohne Entzug eines Nährwertes (Verhältnis: 12½ g Eipulver à 40 g Wasser = 1 Ei).

Das Trockeneipulver, oder kurz Eipulver, ist also ein reines Naturprodukt, dazu ein vollwertiges Nahrungsmittel, kann bei richtiger Lagerung (kühl und trocken) bis zu einem Jahr aufbewahrt werden und bietet überdies den Vorteil einer einfachen Verwendung.

Eipulver wird in der Schweiz nicht hergestellt, sondern ausnahmslos aus Ländern importiert, die einen Überschuss an Frischeiern aufweisen, zur Hauptsache aus Übersee.“

Die Austauschpflicht beim Bezug neuer Glühlampen mit Messingsockel

Das Bureau für Altstoffwirtschaft, teilt mit:

Es ist wiederholt vorgekommen, dass Verkaufsstellen von Glühlampen ausgebrannte Glühlampen, die sie vor dem Inkrafttreten der Verfügung des KIAA vom 22. Juni 1943 über die Erfassung und Verwertung von Glühlampen mit Messingsockel gesammelt haben, dazu verwenden, ihrer Kundschaft die gesetzlich vorgeschriebene Rückgabe beim Bezug neuer Lampen zu ersparen. Dieses Vorgehen ist strafbar. Es wird daher nochmals daran erinnert, dass neue Glühlampen den Verbrauchern nur noch gegen Rückgabe der entsprechenden Anzahl ausgebrannter Lampen mit Messingsockel verabreicht werden dürfen.

Die Fachecke

Ein originelles Menu

Die Bernische Staatskanzlei hatte die Freundlichkeit, uns das Menu des offiziellen Bankettes, das anlässlich der seinerzeitigen Eröffnungsfeierlichkeiten des renovierten Berner Rathauses im Hotel Schweizerhof in Bern offeriert wurde, zu hande unserer grossen Menusammlung zur Verfügung zu stellen.

Die Menu-Karte auf Chamois-Kartonpapier ist auf der Vorderseite geschmückt mit der Wiedergabe des renovierten Rathauses in Dreifarbendruck und dem Hinweis: renovatum 1940–1942.

Die zweite Innenseite trägt folgendes Menu:

Regierers-Bat vom Banton Särrn

Rathus-Juchlig
am 31. Wymonet anno MCMXLII

Synnsfolgen

Zum erten oder primo wird gereicht:
ein dyn luftig Teigküchli, wis
die Krampfen in Entoufen im Grund
haben, mit allegantig waren schöl in drin.

Nernach glends

ein felt Fleischbälli und appis vom
dneyn darob; Caroures bordelais
heijens die Fisch, die allem sunderbar
namen müßend

darne

vielfältig Schök, warmes und dalls,
die piécen zu accompagnieren.

Schließli

yschalls Zuckerzüg; hat des Schwyz-
hofes Wirt einen Füllli, dies pletlich
zu bereiten.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit die Vereinsmitglieder dringend bitten, bei solchen und weiteren Anlässen unserer reichhaltigen Menusammlung, die in der Fachecke betreut wird, zu gedenken und sie durch Überweisung von gedruckten Menus und originellen Bankett- und Tischkarten zu erweitern. Gerade die Menus der heissen Zeit der Rationierung werden schon in wenigen Jahren von ganz besonderem Interesse sein und historischen Wert behalten.

C. Pfister-Storck.

PAHO

Am 27. Oktober fand im Hotel St. Gotthard in Zürich unter dem Vorsitz von Herrn Stocker, Basel, die 24. Vorstandssitzung der PAHO statt. Der Vorsitzende erwähnte bei diesem Anlass, dass die PAHO, das ist also die Arbeitslosen-Versicherungskasse der Hotellerie, auf einen 10-jährigen Bestand zurückzusehen. In der Sitzung wurde in erster Linie der finanzielle Rapport des Kassenvorwalters entgegengenommen. Pro 30. September 1943 kann wiederum ein wesentlicher Einnahmenschuss verzeichnet werden. Die Vermögensrechnung schliesst mit einem Betrag von Fr. 601.000.— ab. Ausserdem mit einem freiwilligen Hilfsfonds im Belauf von rund Fr. 27.000.—. Die PAHO gehört wohl zu den best finanzierten Versicherungskassen im ganzen schweizerischen Arbeitslosenversicherungsbereich. Dieser Umstand hängt natürlich mit den geringen Ansprüchen an die Kasse zusammen. Per Ende September 1943 weist der Mitgliederbestand auf: 2665 Arbeitnehmer und 760 Arbeitgeber. Die Arbeitslosigkeit in der Hotellerie ist äusserst gering, so dass verhältnismässig nur bescheidene Auszahlungen erfolgen müssen.

Bei diesem Bestand der Kasse hat es verwundert, dass die BIGA in Bern eine geänderte Praxis für solche Fälle verlangt, wo Hotelangestellte eine Fachschule besuchen und entsprechend ihrer Verdienstlosigkeit bisher gewisse Taggelder von der PAHO beziehen konnten. Der Vorstand der PAHO ist der Ansicht, dass der Weiterbezug solcher Taggelder durchaus im Interesse des Gastgewerbes liegt, namentlich bei den heutigen schwierigen Personalverhältnissen, und dass in Bern darnach getrachtet werden müsse, die frühere Praxis wieder herzustellen.

Was speziell die Zahl der Arbeitnehmer-Mitglieder betrifft, kann eine erfreuliche Zunahme konstatiert werden. Gegenüber der früheren Flucht aus der PAHO sind grosse neue Zustüze zu vermerken.

Der Vorstand behandelte sodann eine ganze Reihe von Gesuchen aus Arbeitgeberkreisen, die eine andere Taxation ihrer Beiträge verlangen. In einzelnen Fällen konnte dem Begehren stattgegeben werden. In anderen Fällen musste konsequente Ablehnung beschlossen werden. Zahlreiche Hoteliers sind offenbar nach wie vor der Auffassung, dass sie mit der Erfüllung ihrer Formulare an die PAHO einfach zuwarten können, wie es ihnen beliebt. Vielfach kommt es auch vor, dass die Hoteliers der Auffassung sind, sie müssten derartige Formulare überhaupt nicht ausfüllen; es also dem Zufall überlassen, was dann mit der Einschätzung weiter geschieht. Kommt dann aber die Einschätzung seitens der Organe oder verlangt man gar den statutenmässigen Betrag, so gibt es erschrockene oder erzürnte Gesichter. Dieses Verhalten muss verurteilt werden. Die PAHO hat in ihrer Kassenverwaltung Ordnung zu halten, genau so, wie eine andere öffentliche Kasse. Wer auf den Termin nicht bezahlt, oder sich nicht entsprechend dem Vertrag und den Statuten verhält, muss eben die Konsequenzen tragen. Der Vorstand der PAHO muss in dieser Beziehung jede Verantwortung ablehnen und im Gegenteil den Mitgliedern der PAHO nahelegen, den durch Chancengleichheit und nachträgliche Mahnung angeforderten Einschätzungen und Zahlungen nachzugeben.

Während dem Mittagessen gab Herr Präsident Stocker einen kurzen Ausblick über die

Tätigkeit der PAHO, und er äusserte den Wunsch für ihr weiteres Gedeihen. Herr Scheuch von der Union-Helvetia und Herr Pfleger, Rheinfelden, und Aarau, sprachen für die Arbeitnehmer- und Arbeitgebererschaft Herrn Stocker und Verwalter Müller von der PAHO den Dank aus für die grosse geleistete Arbeit. M. R.

Kleine Chronik

Besitzerwechsel

Wie uns die Sektion des S.H.V. Lenk i. S. mitteilt, hat Herr J. Zeller-Matti sein Hotel Hirschen in Lenk an Herrn E. Zeller-Schranz, bisheriger Pächter des Hotel Hahnenmoos bei Adelboden, käuflich abgetreten. Herr Zeller-Matti hat das Hotel Hirschen seinerzeit vollständig umgebaut und mit den modernsten sanitären Installationen eingerichtet. Während den 27 Jahren, in welchen er in den Hotelier- und Verkehrsvereinskreisen mittig war, hat er die Bestrebungen der obengenannten Vereine stets eifrig unterstützt. Da Herr Zeller-Matti in Lenk bleibt, hoffen wir gerne, dass er unsere Bestrebungen auch weiterhin unterstützen wird.

70. Geburtstag

In bester Gesundheit feierte vergangene Woche unser Mitglied Frau Anna Muheim-Wollenmann, Hotel Pfister, ihr 70. Wiegenfest. Nach jahrelanger Erziehungstätigkeit, die die Jubilantin in mehrere Länder Europas führte, kehrte sie um die Jahrhundertwende nach ihrer Geburtsstadt Luzern zurück. Bald hernach übernahm sie, nach gründlicher Ausbildung im Gastgewerbe, die damalige „Pfisterhalle“ und nach ihrer Verheiratung im Jahr 1903 mit Hptm. Carl Muheim das Hotel Pfister. Seit dem leider schon anno 1932 erfolgten Tod ihres Gatten führt nun Frau Muheim das bekannte Haus allein. Die Jubilantin vermochte, dank ihrer senkrechten und leutseligen Art, den Kreis ihrer Gäste aus Stadt und Land ständig zu erweitern. Dass ein halbes Dutzend Körperschaften in der „Pfister“ ihren Stamm aufgeschlagen haben, beweist, dass Frau Muheim allseits grosse Wertschätzung geniesst. Wir wünschen der Jubilantin noch recht viele Jahre in voller Gesundheit. jt.

Vermischtes

Neue Lehrberufe im Gastgewerbe

Im Anschluss an den in letzter Nummer veröffentlichten Konferenzbericht über die Einführung neuer Lehrberufe im schweizerischen Gastgewerbe verdient die Tatsache festgehalten zu werden, dass man im deutschen Berufszweigswesen bereits heute sieben verschiedene Lehrberufe im Gaststättengewerbe kennt. Schon seit längeren Jahren kennt man dort neben dem Koch- und Kellerlehrling die Lehrzeit des Gaststättenkaufmannes. Seit 1939 kamen als neue Lehrgruppen der Speisepersonalkoch, der Kantinen-(Gemeinschafts)koch, der Gastwirts Metzger und die Hotel- und

Gaststättengehilfin dazu. Es handelt sich dabei durchwegs um dreijährige Lehrzeiten, die durch einen Lehrvertrag verbrieft sind und deren Abschluss mit der Gehilfenprüfung finden. Sämtliche abgeschlossenen Lehrverträge werden gawweise in einem zentralen Register, der sog. Lehrlingsrolle eingetragen. Die Lehrverhältnisse werden von den zuständigen Wirtschaftskammern überwacht und die Kontrollergebnisse in einem Lehrlingsheft eingetragen. Die Ausbildung von Lehrlingen darf im übrigen auch nur in Lehrbetrieben erfolgen, die ganz bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

Schweizer Ausstellung in Lissabon

Von unserem Mitglied, Hrn. Jean Haecy, Leiter des Restaurants an der Schweizer Ausstellung in Lissabon, erhalten wir soeben ein Telegramm, in welchem er den grossen Erfolg der Ausstellung meldet. Über 400 Diners und 200 à la carte-Speisen wurden am Sonntag im Restaurant abgegeben. Staatschef General Carmona und die Delegierten des diplomatischen Corps äusserten sich über das Dargebotene begeistert.

Das elektrische Bett

Ein Installateur in Tennessee hat ein Bett konstruiert, das ein förmliches elektrotechnisches Wunderwerk darstellt. In das Kopende eingebaut und durch einen einfachen Handgriff erreichbar sind ausser der Nachtlampe eine elektrische Uhr, ein Telefonapparat, ein Radiopfeifer, eine Lautsprecheranlage, um sich mit Leuten zu verständigen, die an der Eingangstüre klingeln, eine Vorrichtung, um die Fenster und Vorhänge zu öffnen und zu schliessen, ein Öffner für die Aussentür, ein Ventilator und mehrere Steckkontakte. Der einzige Apparat, der den im Bett Liegenden zwingt, sich aufzurichten, ist der Wecker; ist der Geweckte zu faul, um aufzustehen und legt sich nach dem Abstellen oder Abklingen des Lautwerkes noch einmal nieder, so fängt der Wecker nach einer halben Stunde von selbst noch einmal zu rasseln an. R. B.

Bücherfisch

„Werk“-Novemberheft

Im Kunstteil der Novembernummer des „WERK“ sind Bildnismalerei und Bildnisphotographie einander gegenübergestellt. Der Basler Denkmalfleger Riggenbach berichtet über die Entstehung der von Arnold Böcklin gemalten Fresken im Sarasinischen Gartensaal in Basel, mit lebendigen Hinweisen und Zitaten aus dem Tagebuch des Zeitgenossen Schick. — Die Rubrik „Künstler in der Werkstatt“ ist dem Maler Hans Berger gewidmet. Der Architekturteil des Heftes bringt den Neubau der National-Zeitung in Basel. Die Werk-Chronik berichtet über das Tagung des Schweizerischen Werkbundes in Basel, die sich eingehend mit Nachkriegs-problemen befasste. Ausserdem enthält sie Ausstellungsberichte, illustrierte Kunstnotizen und eine ausführliche Kritik der Basler Filmwoche.

„Wie rationalisiert man sein Leben“. Merkur, Verlag Organisator A.G. Zürich 6. Fr. 4.— Hier gibt zum ersten Male ein erfolgreicher Schweizer Kaufmann seine Lebens- und Erfolgsregeln in kurzen leichtverständlichen Ausweisungen an ein grösseres Publikum. Das Büchlein zeigt den Weg zum Lebenserfolg allen Menschen, die vorwärts wollen, die ihren eigenen Lebensweg gehen und ihre Lebensaufgabe erfüllen wollen. Denn der Verfasser will nicht nur den materiellen Erfolg, sondern in erster Linie eine Lehre für segensvolles Arbeiten geben.

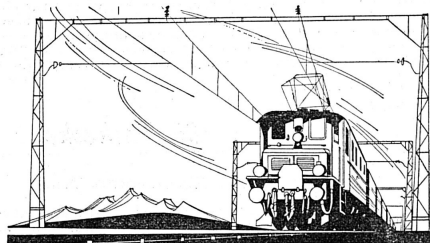
Frau im Spiegel. Roman von Norah Lofts. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Ursula von Wiesse. 276 Seiten, 14x21 cm. 1943. Zürich, Albert Müller Verlag, A.-G. Geb. Fr. 10.—. — Der jüngste Roman der berühmten Erzählerin besitzt eine neue, ungemein reizvolle Form: die Hauptperson, Sorrel Kingaby, wird durch die Augen von vier Menschen gesehen, die sie mit ganz verschiedenen Gefühlen betrachten. Seltsam ist, wie gerade durch diese Unterschiedlichkeit das Bild der Sorrel Kingaby scharf hervortritt; es ist das Bild einer wahrhaft faszinierenden Frau, die sich aus der Masse hervorhebt, und der daraus ein schweres, aber reiches Schicksal erwächst. In stetig wechselnden Bildern mit einer atemberaubenden Fülle von Geschehnissen rollt das Leben der Sorrel Kingaby vor dem Leser ab, und in unerhört eindringlicher, zwingender Darstellung werden ihm die vielfach verschlungenen Wege des Lebens vor Augen geführt. „Frau im Spiegel“ ist ein Roman, der den Leser vollkommen gefangen nimmt, das beste Zeugnis, das man einem solchen Buche ausstellen kann.

Redaktion — Rédaction:

Dr. M. Riesen — Dr. A. Büchi



Verkauf durch die führenden Hotelierfirmen
Bezugsquellennachweis: Guido MAYER, Lausanne



Die ELEKTRIFIKATION DER SBB - EINE TAT WEISER VORAUSICHT

Elektrizität, eine geheimnisvolle Kraft, durch Drähte geleitet, immer bereit, Elektrizität, unvorstellbare Kraft, Tausende von Tonnen zieht sie durch Täler, über Brücken und Berge. Elektrizität, erzeugt durch die Wucht des Wassers, das sich von unseren Bergen in die Turbinen der Kraftwerke im Tal stürzt.

Schon frühzeitig hat die Schweiz die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Elektrizität erkannt, und ihren fortschrittlichen Willen durch die Elektrifizierung der SBB dokumentiert. Eine Pionierleistung, auf die wir stolz sein dürfen und die den Namen der Schweiz und ihrer Industrie in der ganzen Welt bekannt gemacht hat.

Die SBB würden einen Drittel des gesamtschweizerischen Kohlenverbrauchs benötigen. Das entspräche einem Kohlenbedarf von täglich 205 Wagen zu je 15 Tonnen, während für den heutigen Dampftrieb täglich nur noch 24 Wagen benötigt werden. Wir verdanken daher der Elektrifizierung gegenwärtig eine Erleichterung der Kohlenzuteilung für Industrie, Gaswerke und private Raumheizung. Wir verdanken der Elektrifizierung, dass unser Fahrplan im vierten Kriegsjahr durchschnittlich nur um 20% abgebaut ist, dass wir bis im vierten Kriegsjahr noch den Vorkriegstarif aufrechterhalten konnten, dass wir im Bahnbetrieb bei den heutigen Kohlenpreisen jährlich rund 100 Millionen Franken Einsparungen machen können. Die Umstellung der SBB auf die weisse Kohle hat uns aber vor allem eine schwere Landeskrise erspart. Die Elektrifizierung ist eine Gemeinschaftsleistung, die uns mit Stolz erfüllen soll.

Die SBB gehören dem Schweizervolk



TEL. 79022



GESUCHT
in grösseren Betrieb saubere, tüchtige, jüngere

TOCHTER
welche die bürgerliche Küche absolut beherrscht

Monatslohn Fr. 140.—, Kost und Logis im Hause. Offert, mit Zeugnisbuch, unter Chiffre U 1177 G an O. Pfändler-Annoncen, Zürich 3.

Gesucht per sofort

1 Office-Bursche
1 Buffet-Lehrföcher

in grösseren alkoholfreien Restaurationsbetrieb. Offerten mit Photo unter Chiffre AS 12367 an Schweizer Annoncen A.G., Biel.



Für die Schweiz: PRODUITS BELLARDI S.A., BERNE

Die Leitung (Gerant) od. Pacht
der Tonhalle Biel

(Restaurant u. Saalunternehmung) ist per 31. März 1944

zu vergeben

Handgeschriebene Offerten mit Referenzen, Zeugnissen und Lebenslauf an Notariatsbureau Kochoer & Bögli in Biel.



Generaldeputé für die Schweiz:
JEAN HAECY IMPORT A.-G., BASEL

„Hotelsilber“-Reparaturen

nur durch die

Berndorfer Werkstätten in Luzern

REVUE-INSERATE
halten Kontakt mit der Hotellerie!

Für fleischlose Tage unsere
Fischmarinaden

Pilzkonserven, Fischmarinaden
Räucherfische

STOFER & SÖHNE, PRATELN

Tel. No. (081) 6 01 38
Verlangen Sie unsere Produkte bei Ihren bisherigen Lieferanten!

A REMETTRE

Hôtel-Café-Restaurant-
Tea room

dans jolie localité du lac Léman. 23 chambres, 2 appartements loués, 10 chambres louées au mois. Grand jardin ombragé vis-à-vis du débarcadère et route cantonale. Affaire de bon rendement et bonne clientèle. Restaurant renommé. Cause de remise: maladie. Sera répondu seulement à personne solvable. Remise Fr. 85 000.— Faire offres sous chiffre G.M. 2377 à la Revue Suisse des Hôtels à Bâle 2.

BARMAID

28jährig, gut präsentierend, mit besten Referenzen, sucht Saison- oder Jahresstelle in nur gutem Hause. Gef. Off. unter Chiffre B. A. 2380 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

OFFERTEN

von Vermittlungsbureaux

auf Inserate unter Chiffre bleiben von der Weiterbeförderung ausgeschlossen

Pour assurer la sécurité et la paix du travail dans les entreprises

Au cours de cet été, l'office de guerre pour l'industrie et le travail a publié des directives en vue d'assurer la sécurité et la paix du travail dans les entreprises industrielles. Celles-ci doivent être considérées comme un précieux document de politique sociale et il faut espérer que les hôteliers sauront aussi en tenir compte et les appliquer comme il convient.

Résumé des directives de l'OFGIT

Voyons en résumé le contenu de ces directives: L'office de guerre pour l'industrie et le travail commence par déclarer qu'une économie saine est absolument indispensable pour défendre l'indépendance de la patrie et pour surmonter les difficultés que la période d'après-guerre ne manquera pas de nous apporter. Il faut donc veiller à ce que le travail continue et que l'appareil de production reste intact, puisqu'il s'agit là de valeurs capitales d'importance nationale. Toutes les mesures qui contribuent à éviter des tensions sociales ou des tensions entre patrons et ouvriers sont utiles pour conserver les dites valeurs.

Or, par quoi la sécurité des entreprises est-elle menacée? Elle l'est par tout ce qui trouble, limite et restreint les conditions de base de l'existence des ouvriers, soit par un renchérissement du coût de la vie insuffisamment compensé par une adaptation des salaires correspondante, par le spectre du chômage et par la menace de devoir chercher du travail en d'autres lieux. C'est cette situation et ces craintes qui sont les meilleurs agents de propagande étrangère, car elles préparent à cette propagande un terrain facile où elle risque de trouver succès. Il se peut que des personnes ainsi influencées aient l'impression que la Suisse ne suit pas le progrès social. Il suffit alors de quelques extrémistes agissants pour troubler sérieusement la communauté du travail. Les directives insistent expressément sur le fait que *mal calculable* peut faire la cause commune les employeurs qui manquent de sens social, car ils annihilent tout le bien que peuvent faire des centaines d'autres qui pensent et agissent selon ce qu'ils estiment être leur devoir. L'office de guerre fait aussi mention du fait que quelques employeurs ne comprennent pas encore la nécessité qu'il y a à *renseigner le personnel* sur les efforts que font les entreprises elle-même et les autorités pour vaincre les difficultés que nous cause la guerre.

La réalisation de la communauté de travail se heurte souvent à un principe autoritaire mal compris et erroné qui a tendance à empêcher les ouvriers de se syndiquer. Or n'est vraiment maître chez soi que celui qui, tactiquement et tout naturellement, est reconnu comme le chef en raison de ses capacités et de son autorité.

Le danger que court la sécurité des entreprises et la paix du travail peut être le mieux combattu en donnant aux employés des explications claires et complètes sur les conditions réelles dans lesquelles nous sommes, et sur les risques de notre situation. De l'excellent travail dans ce sens, ainsi que pour le renforcement des relations unissant patrons et ouvriers a été réalisé par des assemblées d'entreprise, par l'organe d'hommes de confiance ou de commissions du personnel. C'est pourquoi les syndicats ou les représentations du personnel doivent être reconnus, pour autant qu'ils demeurent sur terrain neutre, comme les légitimes représentants des ouvriers. On peut en outre recommander comme précieux moyen de renseigner employés et ouvriers sur les difficultés qui sont pressies à l'entreprise, sur celles que rencontre l'économie de guerre dans son ensemble et sur les mesures qui sont prises pour y faire face, l'organisation de cours, de conférences ou de soirées de discussions. Mais, à côté de ces éclaircissements, il ne faut pas négliger les mesures sociales. Pour cela, chaque employeur a le devoir, dans la mesure compatible avec le maintien de bonnes conditions d'exploitation de son entreprise, de verser des allocations, sur celles de renchérissement ou autres allocations propres à atténuer les fâcheux effets de la hausse du coût de la vie. Un employé ou un ouvrier ne devrait être licencié qu'en cas de circonstances impérieuses et il faudrait toujours prendre sa situation personnelle en considération. Il faudrait aussi, autant que possible, aider l'employé licencié à trouver un autre emploi ou encore instituer un système de rotation avec affectation simultanée au service obligatoire du travail.

Enfin l'aspect humain des conditions du travail doit également retenir l'attention de chaque employeur, qui s'efforcera en outre de se préoccuper du bien-être de son personnel, et ceci en dehors des seules conditions de travail et de salaire. Il y a là une mission éducative à remplir qui peut jouer un rôle considérable. La distance séparant les chefs et le personnel doit être aussi réduite que possible, car souvent, une parole franche, prononcée d'homme à homme, peut accomplir des miracles.

Les directives de l'OFGIT et l'hôtellerie

Avant d'examiner quels sont, parmi les moyens préconisés, ceux qui paraissent propres à assurer la sécurité des entreprises et la paix du travail dans l'hôtellerie, et dans quelle mesure ils peuvent être exécutés, rappelons brièvement quelles sont les conditions générales du travail dans cette branche d'industrie.

Dans l'hôtellerie le travail est largement indemnifié par des prestations en nature, puisque l'employeur pourvoit à la nourriture et au logement de l'employé. C'est pourquoi les conditions

de travail peuvent parfaitement être considérées comme celles d'une communauté domestique. Or celle-ci permet le contact direct entre employeurs et employés et ces derniers sont déchargés, pour une grande part, du souci de se procurer ce qui est nécessaire à l'existence. Elle comporte, par contre, des inconvénients, en ce sens que de ce fait l'employé est plus ou moins lié à un ménage et que — quoique dans ce cas les fréquents changements de place en soient la principale cause — il lui est plus difficile de fonder ou d'entretenir sa propre famille. Le produit du travail est fréquemment, en comparaison d'autres industries ou branches économiques, considéré comme insuffisant. C'est ce qui ressort clairement de la situation actuelle, où l'on voit de nombreux employés se tourner vers d'autres professions et où l'on se trouve en présence d'une grave pénurie d'employés de carrière et d'apprentis. Mais l'on ne doit pas perdre de vue que la pression sur les salaires de l'hôtellerie n'est pas conditionnée par la volonté de l'employeur de gagner le plus possible, mais par la longue crise que subissent nos entreprises qui, de ce fait, obligées de maintenir leurs frais généraux aussi bas que possible. Dans bien des cas pourtant, les chambres et les locaux destinés aux employés laissent à désirer, et enfin l'on retrouve parfois dans certains hôtels ce principe d'autorité mal comprise auxquelles les directives ci-dessus mentionnées font allusion.

Cet exposé sommaire permet pourtant de se rendre compte des circonstances qui mettent en danger la sécurité des entreprises et la paix du travail. Pour parer ce danger et pour mettre un frein à l'abandon de la profession par le personnel de carrière qualifié, les conditions de rétribution des employés devront donc être, tôt ou tard, soumises à un examen objectif et il serait indiqué, malgré la situation déplorable dans laquelle se trouve l'hôtellerie, d'adapter convenablement les salaires et traitements du personnel de carrière aux conditions de rétribution des employés d'autres branches d'industrie.

Les modifications survenues dans la structure du tourisme ne peuvent, à la longue, être mises à la charge des employés, surtout si elles dépassent une norme supportable. Le maintien d'un personnel de carrière capable et qualifié ainsi que le maintien de la paix du travail sont les conditions aussi indispensables que le développement prospère du tourisme et de l'hôtellerie que l'existence naturelle de facteurs économiques et politiques favorables, et la disposition d'installations exemplaires dans les entreprises. Il est évident que les valeurs du capital, conditionnées par la valeur de rendement, devront être amorties des charges sociales accrues correspondantes. Les entreprises qui ne pourraient supporter ces charges nouvelles devraient être considérées comme non viables et ne mériteraient pas d'être maintenues à l'aide de subventions officielles. Ainsi l'exécution du tri nécessaire à l'assainissement de l'hôtellerie n'en sera qu'accélérée.

Jusqu'à présent, l'on n'a que peu tenu compte des conditions familiales de l'employé lors de sa rétribution et il faudra absolument à l'avenir, à notre avis, prendre cette question en considération, ne serait-ce que pour s'adapter aux efforts faits dans d'autres branches d'industrie (allocations familiales, allocations pour nombreux enfants). On sait en effet que les employés qui ont des ressources leur permettant d'entretenir une famille sont moins facilement acquis aux tendances anti-patriotiques et aux bouleversements que ceux dont les revenus sont insuffisants pour qu'ils puissent avoir leur propre foyer. Les caisses d'allocations familiales qui viennent de se créer, et dont la Société cantonale vaudoise a donné l'exemple pour l'hôtellerie, pourront être un moyen de résoudre cet important problème.

L'on doit constater encore que, jusqu'à présent, les exploitants n'ont pas toujours accordé l'attention nécessaire aux explications qu'il conviendrait de donner régulièrement sur la situation économique, sur les conditions commerciales et professionnelles dans l'hôtellerie, ainsi que sur les mesures prises pour la défendre et la développer, sur notre économie de guerre et sur la situation politique du pays. L'organisation de conférences, de soirées de discussions ou de cours par une ou plusieurs entreprises, ou par les associations patronales, devrait aussi contribuer à améliorer les relations et conditions de travail dans notre industrie. Du fait de la communauté domestique, la formation de commissions d'employés n'est pas aussi nécessaire pour établir le contact entre patrons et employés que dans d'autres branches. Une discussion personnelle doit en tous cas être toujours possible, pour autant qu'elle soit indispensable. Par contre, on devrait se préoccuper davantage de l'aspect humain des conditions du travail. La communauté domestique devrait être constituée de façon à remplacer en quelque sorte le foyer qui fait défaut. Elle devrait donner l'impression d'une communauté presque familiale pourrait-on dire. Elle ne devrait en tous cas pas conduire à compliquer inutilement l'employé l'organisation de son temps libre. Il serait heureux que le personnel, pour autant que l'on ait des locaux qui s'y prêtent, dispose d'une salle commune où il puisse se reposer, écrire ou travailler et qui sera, éventuellement, munie de bons livres. Il est aussi indispensable qu'à l'avenir, on se préoccupe mieux des conditions de travail, de la nourriture et des locaux où on loge des employés, sans oublier les installations sanitaires. Les locaux qui sont réservés au personnel doivent être simplement mais convenablement aménagés, chauffés, frais, propres et bien aérés.

Disons enfin que dans l'hôtellerie également, spécialement dans les entreprises saisonnières, il faudrait veiller, au cas où l'on se voit impérieuse-

ment obligé de congédier du personnel, à lui aider à trouver une autre occupation et éventuellement instituer un certain rôle permettant à l'employé d'alternar son occupation habituelle avec l'affectation au service obligatoire du travail.

L'Office de guerre pour l'industrie et le travail a le mérite d'avoir, par ses directives, éveillé la conscience sociale et de nous avoir donné l'occasion de commenter également le problème de la politique sociale de l'hôtellerie. Le fait que notre industrie bénéficie, depuis des années, de mesures de secours officielles, oblige les hôteliers à faire leur possible pour maintenir la paix sociale et contribuer ainsi à la défense économique et politique du pays.

L'hôtellerie et la participation à l'extension des cultures

Nous avons déjà donné, ici-même, des renseignements détaillés sur les nouvelles prescriptions prises dans ce domaine par le département de l'économie publique. Nous avions annoncé à cette occasion que nous nous étions mis en relation avec la section pour la production et l'économie domestique, afin de savoir si certaines facilités ne pourraient être consenties à l'hôtellerie. Il est en effet très difficile pour nos hôtels de trouver les terrains cultivables nécessaires, et la contribution calculée dans payer au cas où ils ne disposent pas de terrain constituerait une charge particulièrement lourde dans les temps actuels.

Nous avions également demandé ce qu'il en était des hôtels qui conservent pour leurs employés de grosses quantités de denrées alimentaires qu'ils ont, soit produites eux-mêmes en participant à la bataille des champs, soit qu'ils ont achetées. Nous étions d'avis, au vu des nouvelles prescriptions, qu'il fallait tenir compte à l'entreprise de telles prestations.

La section pour la production agricole et l'économie domestique vient de nous envoyer une réponse provisoire dont nous donnons la teneur ci-dessous. Il reste entendu que les pourparlers ne sont pas terminés, mais qu'ils continuent.

M. R.

Quant à la question de l'obligation impartie à l'hôtellerie saisonnière dans ce domaine, votre point de vue est toujours, en principe, exact. On calculera dans payer au cas où ils ne disposent pas de terrain constituerait une charge particulièrement lourde dans les temps actuels. Nous nous permettrons de vous donner connaissance du passage concernant cette question.

Au sujet des charges financières qu'imposent, soit cette participation à l'extension des cultures, soit la somme à payer au cas où il n'y aurait plus de terrain disponible, nous aimerions préciser ce qui suit:

En principe on est obligé de participer à l'extension des cultures, et le remplacement de cette obligation par le paiement d'une somme en espèces n'intervient qu'en second lieu. Partout où il y a du terrain disponible, les entreprises sont obligées de le cultiver dans la mesure qui leur est imposée. Si cette mise en culture ou le paiement de l'indemnité ne peut être intégralement exigé par suite des difficultés financières dans lesquelles se trouve l'entreprise intéressée, on se trouve en présence d'un cas spécial qui devra être traité comme tel. Nous avons convenu avec les cantons que nous discuterions ensemble les cas de ce genre, afin qu'une méthode uniforme soit appliquée. Une exonération totale ou partielle de l'obligation de participer à l'extension des cultures ne peut avoir lieu que dans des cas particulièrement graves et il faut en outre que l'entreprise fasse valoir ses raisons.

Quant à votre troisième question, relative à la conservation des produits cultivés, et au fait qu'il faudrait tenir compte d'une telle prestation, nous pouvons vous informer qu'une circulaire contenant des prescriptions détaillées sur ce point paraîtra prochainement. Des prestations de ce genre peuvent, jusqu'à un certain point, être assimilées à l'extension des cultures, mais pour autant qu'elles soient réellement accomplies en faveur des employés. La mesure dans laquelle on peut tenir compte de cette prestation doit être discutée et fixée avec la centrale cantonale des cultures.

A propos de la réglementation des pourboires

Jeu, 28 octobre eut lieu, sous la présidence de Dr Willy, directeur de l'office fédéral pour l'industrie, les arts et métiers et le travail, une conférence au sujet de la question des pourboires. Les trois associations suisses de voyageurs de commerce y participèrent. Elles étaient représentées par MM. Meister, Bideau et Maurer de Genève. Outre les membres de la commission de surveillance, M. R. Baumann, de l'Union Helvétique, M. R. Bieri (Interlaken) et le Dr Riesen avaient été invités à participer aux délibérations.

On s'occupa au nouveau de savoir s'il était possible, pour les voyageurs de commerce, de réduire à 10 pour cent les taux de pourboires de 12 et 15 pour cent prévus pour le trafic de passage. Les négociations se déroulèrent dans une ambiance fort aimable. Les représentants des associations de voyageurs de commerce insistèrent à nouveau sur le fait que leurs revendications n'avaient rien à voir avec une réduction des revenus du personnel. Les prestations supplémentaires qui sont ainsi imposées aux hôtels, et par conséquent aux voyageurs de commerce, ne portent en fait

Ce que chaque hôtelier devrait savoir...

VIII

Poisson et viande dans le même menu.

L'ordonnance N° 69 interdit d'offrir et de servir dans un même repas plus d'un plat de viande ou de poisson; cela veut dire, en d'autres termes, que l'on peut servir dans un même repas seulement un plat de viande ou seulement un plat de poisson. C'est maintenant la saison de la grande pêche; la fêra et la bonnelle sont si abondantes que l'écoulement en est difficile. L'OGA a donc suspendu l'interdiction de servir du poisson et de la viande au cours d'un même repas. Nous attirons cependant votre attention sur le fait qu'il s'agit seulement d'un assouplissement temporaire de l'ordonnance. Les dispositions relatives aux menus à 3 et 4 services restent en vigueur. Les jours ouvrables, on ne peut servir de poisson comme entrée que si l'on ne sert pas de soupe.

Employés et coupons de sucre pour confiture.

La carte de sucre pour confiture fut distribuée en mai 1943; elle accordait 4 kg. de sucre pour confiture pour une période de 12 mois. La moyenne mensuelle était donc de 320 gr. Ce chiffre devait servir de base aux calculs des coupons dus par l'employé. En septembre, deux coupons blancs J furent validés pour l'achat de 500 gr. de sucre chacun. Les personnes prenant des coupons de repas ont droit à ces deux coupons, qui sont distribués avec les coupons chocolat/confiserie. Ce kilo de sucre est à répartir de façon égale de septembre 1943 à avril 1944. La moyenne mensuelle passe ainsi de 330 à 450 gr.

L'employeur a le droit d'exiger par mois 450 gr. de coupons de sucre de son employé; celui-ci a droit, de son côté, à une quantité correspondante de confiture, c'est-à-dire à environ 900 gr. Cette nouvelle attribution permet donc à l'employeur de donner à son employé au moins 4 fois par semaine une ration de 50 gr. environ de confiture. Si l'employé ne reçoit qu'une plus petite ration, il peut réduire en proportion le nombre des coupons qu'il donne.

Des fruits comme dessert.

La récolte de fruits est belle, d'une façon générale. Les fruits de table sont abondants et d'excellente qualité. Ainsi, le restaurateur peut servir au moins une fois par jour des fruits comme dessert, ce qui permet d'économiser des denrées rationnées et rares, comme le sucre, la graisse et les œufs, étant donné qu'aux termes de l'ordonnance N° 69, on ne peut servir comme dessert que des fruits, ou un plat doux, ou du fromage. En établissant ses comptes, le restaurateur verra que les fruits aident à diminuer ses frais, ce qui n'est pas le dernier des buts de l'ordonnance. Même pour les hôtels et restaurants de 1ère classe, on peut trouver aujourd'hui des fruits indigènes de première qualité.

que sur de faibles sommes. Mais il s'agit d'une question de principe. Le voyageur de commerce, en tant que meilleur client de l'hôtellerie, serait en droit de s'attendre à bénéficier d'avantages. Ce qui le choque, c'est que le touriste qui prend des vacances ou le voyageur qui se déplace pour son plaisir ne paient qu'un pourboire de 10 pour cent alors qu'on exige davantage du voyageur de commerce qui descend pourtant encore plus souvent dans les hôtels. Un représentant des voyageurs exposa toutefois que les prétentions des employés d'hôtel étaient parfaitement justifiées et que les membres de son association le reconnaissaient parfaitement. Il proposait comme solution que le voyageur, habitué d'un hôtel, n'ait à payer que le 10 pour cent au lieu du 15 pour cent, sur présentation de sa carte de voyageur de commerce.

Le représentant de la commission des pourboires fit valoir, par contre, que la solution proposée n'était pas applicable, car elle ne manquerait pas de conduire à des abus. Il ne serait en effet guère possible de contrôler, qui, en tant que voyageur de commerce, a droit à cet avantage, et le prélèvement des taux de pourboires de 12 et 15 pour cent serait complètement remis en question. On ne voit pas non plus d'autre solution pratique. Il ne serait pas non plus admissible juridiquement de ne faire des exceptions que pour les membres des associations de voyageurs de commerce, car les hôtels en général auraient peine à comprendre une telle méthode. Le contrôle des pourboires dans les entreprises a permis de constater que le prélèvement de ces taux majorés n'avait donné lieu à aucune plainte de la part des hôtels. D'autre part, les voyageurs de commerce bénéficient dans les hôtels d'autres avantages qui ne sont pas négligeables: ils obtiennent les chambres au prix minimum, et on leur applique des suppléments de chauffage sensiblement réduits. On leur consent en général aussi des prix spéciaux pour le petit déjeuner, etc. Il n'est finalement pas juste d'assimiler le trafic de passage au trafic de vacances, le premier exige plus de travail de la part du personnel et des dépenses plus considérables de la part de l'hôtelier. Il faut aussi que les voyageurs de commerce tiennent compte de cet état de choses.

En mettant un point final aux délibérations, le président constata qu'on n'avait point trouvé de solution pratique pour répondre au désir des voyageurs de commerce. Il fit remarquer que le chef du département fédéral de l'économie publique avait expressément approuvé l'élévation des taux de pourboires. Cette majoration ne représente qu'une compensation partielle du renchéris-

sement du coût de la vie que supporte également l'employé d'hôtel. Dans les hôtels de passage, les employés souffrent aussi des diminutions de recettes enregistrées par les entreprises, si bien que la réduction de leurs revenus n'est de loin pas compensée par l'augmentation des taux de pourboires de 10 à 12 et 15 pour cent. Enfin, selon l'article 13, de la nouvelle loi concernant les voyageurs de commerce, ceux-ci ont la possibilité, étant donné le renchérissement, de réclamer à leurs employeurs les frais supplémentaires auxquels ils sont exposés. M. R.

Création d'un quart de coupon de repas

Comme on a pu constater qu'un nombre croissant de personnes désirent pouvoir se procurer, dans les M. col., des boissons à base de lait et des articles de boulangerie d'une valeur correspondant à un quart de Mc seulement, et comme il a été stipulé, lors de l'introduction du rationnement du lait et du pain, qu'en règle générale 1 Mc équivalait à 4 dl. de lait ou à 100 gr. de pain, ou encore en moyenne à 4 pièces de pâtisserie, et que, d'autre part, il n'a été prévu jusqu'ici aucune unité de Mc inférieure au demi-Mc, il en est résulté que les personnes désireuses de se procurer, par exemple, une tasse de café au lait (contenant 1 dl. de lait), ou un morceau de 25 gr. de pain, ou encore une seule pièce de pâtisserie, ont été obligées de remettre à cet effet une contre-valeur en coupons excessifs.

Dans ces conditions, l'OGA a décidé, pour remédier à cet état de choses, d'autoriser, à partir du 1er novembre 1943, le partage en deux du demi-Mc actuel; cette opération se fera dans le sens de la diagonale, au moyen de ciseaux, et permettra d'obtenir un coupon d'une valeur d'un quart de Mc. Pour l'instant, l'OGA ne prévoit pas l'émission d'un coupon spécial d'une valeur d'un quart de Mc. En outre, le Mc entier ne pourra en aucun cas être partagé en deux.

Dès le 1er novembre 1943, on ne devra exiger — et, partant, remettre — qu'un quart de Mc pour une boisson contenant 1 dl. de lait, ou pour des articles de boulangerie correspondant à 25 gr. de pain. En conséquence, les M. col. seront tenus d'accepter de leur clientèle des demi-Mc partagés en deux.

Les divers «bons» privés, d'une valeur d'un quart de Mc, émis jusqu'ici par certains M. col. devront être retirés de la circulation avant le 31 décembre 1943. Passé cette date, aucun bon de ce genre ne pourra plus être ni délivré ni accepté.

De nos sections

Assemblée extraordinaire de la section de Montreux

Les hôteliers de Montreux se sont réunis, le 28 octobre, en assemblée générale extraordinaire sous la présidence de M. Robert Mojonnet, président.

Deux questions importantes figuraient à l'ordre du jour, toutes deux d'ordre touristique et financier.

Il s'agissait en premier lieu de se déterminer sur une question en rapport avec la rénovation de l'Hôtel des Tivoli de Naye; en tant que créancier de la «Cie du chemin de fer Glion-Naye», du fait de sa participation à l'emprunt d'électrification en 1937, la Société était intéressée à ce projet; elle a du reste autorisé son Comité, après une intéressante discussion, à participer à la constitution d'un Syndicat en voie de formation.

Le deuxième objet à l'ordre du jour se rapportait au golf, maintenant propriété de la Société de Développement; les sociétaires ont approuvé les contrats qui ont été passés et ont pris les dispositions nécessaires pour assurer la part de la Société aux dépenses générales qu'implique la nouvelle organisation du golf.

En fin de séance, les membres de la Section de Montreux ont encore examiné diverses questions d'ordre interne.

Mme Charles Nicodet, veuve de l'ancien président de la Section, a célébré tout récemment son 80e anniversaire; à cette occasion, le Comité lui a adressé une lettre de chaleureuses félicitations.

Associations touristiques

L'Assemblée générale de la Fédération suisse du tourisme

C'est en présence de quelque 120 délégués qu'a eu lieu samedi à Neuchâtel au Château, dans la salle du Grand Conseil, l'assemblée générale de la Fédération suisse du tourisme, sous la présidence de M. Max Gafner, président du gouvernement bernois. On notait entre autres la présence de M. Muri, directeur général des P.T.T., de M. Cottier, directeur de l'Office fédéral des transports, et de M. Jean-Louis Barrelet, président du Conseil d'Etat neuchâtelois.

Les tâches du tourisme

Dans son discours d'ouverture, M. Gafner fit un exposé de situation politique et économique de la Suisse au début de la cinquième année de guerre. Il s'attacha à montrer combien il est nécessaire de préparer la voie au rétablissement aussi rapide que possible du tourisme international après la guerre, car c'est là un des points essentiels de la balance commerciale de notre pays, en même temps qu'une nécessité vitale pour la Suisse.

L'orateur a esquissé ensuite les grandes lignes du futur programme touristique et des relations sociales qu'il importe de réaliser. D'une façon générale, il s'agit en particulier de maintenir les prix à un niveau abordable à toutes les bourses et aussi de développer nos communications ferroviaires, routières et aériennes et enfin d'encourager et de favoriser les voyages de vacances. En terminant, M. Gafner a insisté sur

la nécessité de vouer la plus grande attention au problème de la formation professionnelle et à conclure en faisant appel à l'effort de tous et à la volonté de progresser socialement et de tenir économiquement.

Le problème hôtelier

Puis l'assemblée a liquidé sans débat les affaires statutaires et renouvelé le comité central composé de 30 membres.

M. C. Jaeger, ancien juge fédéral, a présenté un rapport sur la continuation et l'extension des mesures de secours de la Confédération en faveur de l'hôtellerie. Il annonça qu'un projet de loi fédérale pour le désendettement de l'hôtellerie est en voie de préparation. Ce projet sur lequel on ne peut encore se faire une idée, car il est susceptible de modifications, va être soumis par le département fédéral de justice et police à l'examen d'une commission d'experts, et l'on espère qu'il pourra entrer en vigueur déjà le 1er janvier 1944.

Au cours de la discussion qui suivit M. F. Seiler, directeur de la fiducie suisse de l'hôtellerie, à Zurich, a fourni quelques renseignements complémentaires sur ce projet. M. Riesen, directeur du secrétariat central de la Société suisse des hôteliers, à Bâle, et M. Baumann, secrétaire général de l'Union Helvetia, à Lucerne, firent quelques réserves relatives aux intérêts particuliers représentés par ces deux organisations.

Un rapport devait être présenté ensuite sur «le tourisme romand, sa nature et ses possibilités», par M. Gérard Bauer, directeur des finances de Neuchâtel. Malheureusement le rapporteur était mobilisé et n'a pu faire son exposé. On le regrettera, car il n'y eut ainsi aucune participation romande à des travaux qui nous intéressent au premier chef et un suppléant, en l'espèce, eût été le bienvenu. Le rapport de M. Bauer sera imprimé et sera communiqué aux membres de la fédération. Nous reviendrons ultérieurement dans notre journal sur ces deux rapports particulièrement intéressants.

Le déjeuner et la partie récréative

Les participants se retrouvèrent ensuite, avec les invités, au restaurant Beau-Rivage où le déjeuner officiel fut servi. Au dessert, on entendit d'abord une allocution de président, M. Gafner. Après lui, le vice-président de l'association, directeur du «Montreux-Oberland» eut également à l'adresse de Neuchâtel quelques paroles agréables.

M. Jean-Louis Barrelet, président du gouvernement neuchâtelois, fit une description imagée des diverses régions que comporte son canton. Enfin, M. Georges Béguin apporta, dans un excellent discours, le salut de l'autorité communale.

L'après-midi se déroula de façon charmante et nul doute que, venus de toutes les parties de la Suisse, nos hôtes n'en aient remporté un souvenir charmant, en même temps qu'une connaissance plus ample d'une partie de notre pays. Un bateau emmena les congressistes à Avenier qui fut visité, sous l'expertise conduite de M. Jacques Béguin, puis une collation fut offerte par le propriétaire des caves du château d'Avenier.

Hôteliers, mettez en vente les timbres de la Croix-Rouge!

De nouvelles tâches s'imposent au Secours aux Enfants. Les jeunes victimes de la guerre sont toujours dans la détresse. Aidez-les en vendant des timbres de la Croix-Rouge: chaque pièce de deux sous contribue à les soulager.

Avec un cordial merci,

Croix-Rouge Suisse, Secours aux Enfants.

M. Charles de Montmollin. De retour au chelieu, les délégués de la Fédération suisse du tourisme eurent encore l'occasion de se rendre individuellement aux expositions du centenaire du Seyon et des manuscrits de J.-J. Rousseau qu'ils apprécèrent, l'une et l'autre, à leur valeur.

Assemblée de la Société suisse de climatologie et de balnéologie

La Société suisse de climatologie et de balnéologie a tenu dernièrement son assemblée générale à Montreux.

Ses membres se sont réunis d'abord en assemblée administrative, sous la présidence du Dr Keller (Rheinfelden); ils ont adopté le rapport de gestion et les comptes et pris diverses dispositions d'ordre interne; le Dr Keller a été confirmé dans ses fonctions présidentielles ainsi que le Dr Heinemann (Schinznach) dans celles de secrétaire.

L'assemblée s'est ensuite occupée de la formation professionnelle du personnel médical auxiliaire, notamment des masseurs et des maîtres-baigneurs des stations balnéaires.

A l'issue de cette séance, qui avait duré plus de trois heures, un dîner a été servi auquel quelques invités prenaient part; des allocutions furent prononcées au dessert par le Dr Keller, le Dr R. Cottier, directeur de l'Office fédéral des transports à Berne, le Dr B. Diethelm, président de l'Association suisse des stations balnéaires, le Dr F. Mercanton (Montreux) et le directeur de la Société de développement de Montreux qui apporta également le salut de l'Association suisse des stations climatiques.

Au cours de la soirée, le Dr Christin donna un fort intéressante causerie sur Montreux, agrémentée par la projection de clichés en couleurs.

Association suisse d'urbanisme

L'association suisse d'urbanisme a tenu, récemment à Zurich, sous la présidence de M. A. Meili, conseiller national, sa première assemblée des membres, en présence du délégué du Conseil

VENTE AUX ENCHÈRES

du mobilier et du matériel de

L'HOTEL D'ANGLETERRE

A VEVEY

Rue d'Italie 29 et en face débarcadère Vevey-la-Tour

chaque jour, du lundi 8 au samedi 20 novembre
dès 9 h. 30 avec reprise à 14 h., dans l'ordre ci-après:

Lundi 8, mardi 9 et mercredi 10 novembre:
Mobilier d'environ 100 chambres à coucher modernes, à 1 ou 2 lits, la plupart complètes avec lavabo et armoire à glace, de tous modèles: noyer, chêne ou pitch-pin (marqué ou non), matelas bon crin en parfait état; par leur variété, ces meubles conviennent pour tous intérieurs: privés, hôtels-pensions, chalets, etc.

Jeu 11, vendredi 12 et samedi 13 novembre:
Mobilier de salons, meubles isolés tels que: billard, deux coffres-forts moyens, chiffonniers, tables à écrire ou de salle à manger (un lot important de tables rondes pied central), fauteuils, chaises de tous genres, chaises-longues, nombreuses armoires à 1 et 2 portes, lustres de Venise et autres, etc.

Lundi 15, mardi 16 et mercredi 17 novembre:
Lingerie, tels que duvets, édredons, couvertures laine ou piquées, traversins ou oreillers propres et en bon état d'entretien; grands et petits rideaux, etc.
Lingerie: draps, taies, enfourages, tapis de lit, serviettes de table et de toilette, tabliers, etc.
Argenterie: un lot important de plats, légumiers, sauciers, cocottes, cafetières, théières, services de table (couteaux, cuillères, fourchettes pour hors-d'œuvre, soupe ou entremets), le tout remis à neuf, pouvant par conséquent servir aussi bien aux hôtels-pensions qu'aux cliniques ou particuliers.
Vaisselle et verrerie courantes.
Pendant ces 3 journées, il sera vendu à tour de rôle des objets pris dans ces trois catégories, cela pour faciliter les amateurs.

Jeu 18 novembre:
Ce jour est réservé à la vente des tapis dont: 300 m. pour corridors et escaliers, en coupes de diverses grandeurs, fond rouge, à l'état de neuf; environ 200 m. aussi pour corridors et escaliers, un peu usagés; tapis et descentes pour chambres, puis un lot de tapis divers usagés mais encore utilisables.

Vendredi 19 et samedi 20 novembre:
Les meubles et autres objets non réalisés les jours précédents, y compris le matériel de cuisine disponible.
Le mobilier de jardin et celui du café ne sont pas à vendre, ceux-ci restant en état d'exploitation. Il n'y a pas de provisions.

EXPOSITION sur place: vendredi 5 et samedi 6 novembre, de 14 à 16 h.
Pour tous renseignements, s'adresser au soussigné, chargé de la vente:

L. KOHLER, Agent d'affaires patenté.

11. November Ziehung

- 1 Treffer zu Fr. 20 000.—
- 1 Treffer zu Fr. 10 000.—
- 1 Treffer zu Fr. 5 000.—
- 3 Treffer zu Fr. 2 000.—
- 50 Treffer zu Fr. 1 000.—
- 50 Treffer zu Fr. 300.—
- 100 Treffer zu Fr. 200.—
- 200 Treffer zu Fr. 100.—
- 400 Treffer zu Fr. 50.—
- 600 Treffer zu Fr. 25.—
- 800 Treffer zu Fr. 10.—
- 20 000 Treffer zu Fr. 5.—
- 20 000 Treffer zu Fr. 1.—

Winterbeschäftigung gesucht

von tüchtigem, sprachkundigem

Organisator

Selbst Besitzer eines bekannten Klein-Hotels im Tessin, welches umständehalber über die Wintermonate geschlossen bleibt. Offert für verantwortungsvolle Position der Hotellerie unter Chiffre W. B. 2407 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Remplacements

für militärpflichtige Hotelbesitzer und Direktoren

Fachmann der Hotel- u. Restaurationsbranche übernimmt vom 15. Nov. 1943 bis 15. März 1944 Remplacements für dienstpflichtige Kollegen. — Auskunft Postfach 210, Baden (Aargau).

Gesucht für Wintersaison 1943/44:

BAR-DUO

Nur erstklassige Stimmungskapelle kommt in Frage. Offerten gefl. an A. Wanz-Steinogger, Refuge-Bar, Hotel Victoria, Gstaad.

Initiatives Ehepaar, in den besten Jahren, arbeitsfreudig, im Fache durchaus bewandert, sucht

Direktionsübernahme

von anspruchsvollem Hotel oder Hotel-Restaurantbetrieb. Offerten unter Chiffre S. P. 2302 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Tüchtiger, erfahrener

Chef - Gardemanger

zu baldigem Eintritt in Jahresstelle gesucht

Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüche und Bild an das Stadt-Casino Basel.

Vorteilhafte Putzmittel (COUPONFREI)

Händereinigungs- und Putzpaste KESTA- und BLITZ-Scheuerpulver in Dosen und offen
BEKO-Spül- und Entfettungsmittel

KELLER & C^{ie}, KONOLFINGEN
Chemische und Seifenfabrik Stalden

Gesucht

per Anfang Dezember für lange Wintersaison evtl. in Jahrestellen in bestingerichtetes Bäderhotel/Großrestaurant mit Stossbetrieb tüchtige, selbst, durchaus zuverlässig.

Buffetdame

absoluter Vertrauensposten. Ferner

Hilfs-Bufferdame

eventuell zur weiteren Ausbildung.

Bureau-Volontärin

Eintritt per sofort, etwas Mithilfe im Betrieb erwünscht. Ausführliche, nur schriftliche Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Beilage von Zeugnisabschriften u. Photo sind erbeten an Hotel Chesa Grischuna, Klosters.

Lausanne.

**Schuster
in Teppichen
Linoleum
Vorhang-und
Möbelstoffen
maßgebend!**



der grösste Meister der Kochkunst kannte zwar die



nicht, aber er hätte nie die Beherrschung erlangt, wenn er es nicht verstanden hätte, seinen Gerichten durch allerlei feine Gewürze und würzige Zutaten diejenige geschmackliche Feinheit und Vollendung zu geben, die dem Gast das Maximum an Genuss bereiten.

Dieses Ziel möchten und können auch Sie erreichen, verehrter Herr Chef! Die ausgesuchte feine, den Eigengeschmack der Gerichte nicht übertönende



wird Ihnen dabei ein grosser Helfer sein. In Originalflaschen, noch vorteilhafter in Korbflaschen direkt ab Fabrik.

Haco-Gesellschaft AG., Gümligen-Bern

**Musik
macht Freude**

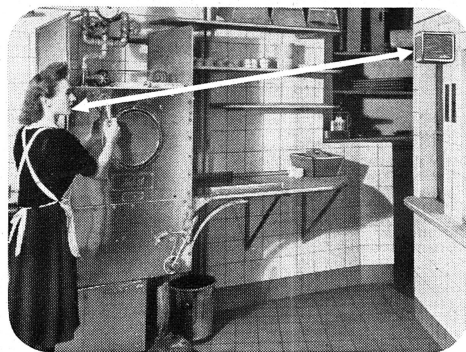
aber ein Orchester ist zu kostspielig. Und doch möchten Sie zufriedene Gäste. Die beste Lösung bringt die Anschaffung eines



Verlangen Sie unverbindliche Vorschläge oder Prospekte über Kombinationen mit automatischem Plattenwechsler durch das Radiofachgeschäft.

Generalvertretung:

HEIMBROD, STAMM & CO. A.G., BASEL 2



Sie antwortet sofort!

Durch VIVAVOX, die moderne Gegensprechanlage mit Lautsprechern, findet eine direkte gegenseitige Verständigung mit der gewünschten Person statt, ohne dass erst eine Weitergabe des Gesprächs erfolgen und der Angerufene seine Tätigkeit unterbrechen oder gar seinen Platz verlassen muss.

Die VIVAVOX-Anlage ermöglicht eine vollkommene, zwanglose und sofortige Verständigung von Raum zu Raum (Office, Küche, Keller etc.); sie ergänzt und entlastet das Telefon.

Unser Service erstellt VIVAVOX bei Ihnen im Abonnement und pflegt mit bester Fachkenntnis die Anlage kostenlos zur Erhaltung ihrer maximalen Leistung.

TELEPHON und VIVAVOX organisieren Ihre interne Sprechverbindung. Als Spezialisten in der Telefonie und in der Verstärkertechnik beraten wir Sie gewissenhaft für die Einrichtung einer zweckmässigen Anlage.

Auf Wunsch übersenden wir Ihnen gerne, ohne Unkosten für Sie, die Broschüre „Wie man die interne Sprechverbindung in jedem Betrieb rationell gestalten kann“.

AUTOPHON A.-G., SOLOTHURN

Technische Bureau: Zürich, Basel, Bern.
Generalvertretung für die Westschweiz: Téléphonie S.A., Lausanne.



Agence générale pour la Suisse:
PAULIN POUILLON S.A. LAUSANNE



Ei-Pulver

Das Frischei ohne Schale und Wasser, nahrhaft, ausgiebig und billig. Verlangen Sie Rezepte bei Ihrem Lieferanten.

Wenn Sie

Hotel-Möbiliar oder technische Einrichtungen zu kaufen suchen oder zu verkaufen haben, so lassen Sie eine Annonce in der Schweizer Hotel-Revue erscheinen.

Lebende oder unsere
SPEZIALITÄT
die kochenfertige
Portionsforelle
sowie die delikate, täglich
frischgeräucherete Forelle
(Bester Ersatz für Lachs)
empfiehlt
ADOLF GROPP A.G. - BRUNNEN
Forellenzucht Telefon 80



Ich liefere immer noch

Thon und Sardinen

in feinen Qualitäten, in gutem Öl und Olivenöl, zu günstigen Preisen.

Hans Jakob, Conserven en gros, Kaufdorf.

Für einfache Einrichtung auf dem Lande zu kaufen gesucht als Occasion einige gebrauchte

Einer- u. Doppel-Schlafzimmer, einzelne Betten, evtl. mit Wäsche, Tische und Stühle, Einzelmöbel od. ganzes Inventar.

Händler verboten. Offerten unter Chiffre R.M. 2415 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Schweizer Flüchtlingsfamilie möchte einen

OCCASION-Teppich

(ca. 300 x 250 cm) kaufen. Offerten unt. Chiffre 150 Post, Lugano-Castagnola.

A LUGANO

un hôtel de 25-30 lits est à vendre. S'adresser case postale 45769 Lugano.

Tessiner

3 Sprachen, mit Kennnissen im Hotelfach
sucht Posten

Adr.: Bacchi Gottardo, Ascona.



On se souvient plus longtemps de la qualité que du prix. Achetez vos bons vins rouges chez
BLANK & Co. Vevey
la maison des vins rouges fins.

Visura TREUHAND-GESELLSCHAFT

ZÜRICH, Nüscherstr. 44, Telefon 7 38 33
GENÈVE, 10, Rue Diday, Telefon 4 83 10

Spezial-Abteilung für das Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe

Aufnahme von Inventaren
Fachexpertisen
Einführung u. Überwachung von Betriebsbuchhaltungen
Organisation und Führung von Buchhaltungen
Liquidationen
Steuerberatung und Vertretungen

durch unseren

Hotelfachmann und Bücherrevisor

Eigener Jurist und Steuerfachmann

Kartoffel-Schälmaschine zu kaufen gesucht

Geß. Offerten unter Chiffre D. G. 2412 an die Schweizer Hotel-Revue, Basel 2.

Mit LAVAVIT

waschen bedeutet:

Grösste Schonung des heute so wertvollen Textilgutes
Rationellste Ausnützung Ihrer Seifeneinheiten

LAVAVIT benötigt nur 150 Einheiten per kg

Für Wasch-Demonstrationen steht auf Wunsch erfahrener Wäscherei-Fachmann zur Verfügung

Hersteller: **SANDOZ A.G., BASEL**

Vertrieb: A. Burkhardt, St. Johannisring 52, Basel

Der eine fragt: „Was nehmen Sie?“
der andere macht es besser ...

Wer seinen Umsatz und Verdienst steigern will, darf nicht auf ausgetretenen Pfaden gehen. Er muss Phantasie haben und seine Gäste beraten, dann geht es vorwärts.

Eine wahre Goldgrube voller Anregungen und überraschender Ideen ist

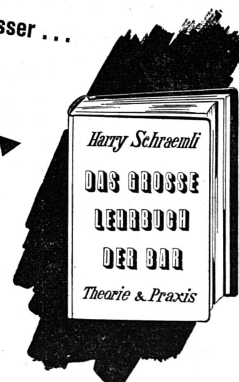
Das Große Lehrbuch der Bar von Harry Schraemli

Das Buch enthält im Grossformat 556 Seiten mit zahlreichen Bildern. Mit ihm wird das Mixen leicht gemacht. Die Rezepte sind einfach und leicht zu befolgen, so recht für die tägliche Praxis! Was Sie für das Buch auslegen, wird vielleicht morgen schon mehr eingenommen.

Der Fachbuchverlag der Union Helvetia schickt Ihnen das Buch sofort gegen Nachnahme von Fr. 12.50. Postkarte genügt zum Bestellen.



Fachbuch Verlag Sempacherstr. 14, LUZERN



NEU! 3. Auflage, ergänzt und zeitgemäss überarbeitet!